



Junge Generation



motiviert
aber ausgebremst!

Die Junge Generation im Mittelpunkt

Berichte – Fakten – Hintergründe



Der Gutes Leben-Truck vor dem ewerk in Berlin.



Berthold Huber diskutierte mit jungen Beschäftigten. Seite 21



Prof. Dr. Hartmann über das deutsche Bildungssystem. Seite 28



Operation Übernahme – massiv und laut für Perspektiven! Seite 46



Aktivitäten auf dem Campus Karlsruhe.



Einleitung
Junge Generation – Gemeinsam für ein Gutes Leben Seite 4

Die Kampagne nimmt Fahrt auf Seite 6

Die Zukunft gehört uns!
Kongress im ewerk, Berlin Seite 8

„Eine Politik, die die Entfaltungsmöglichkeiten und Perspektiven ihrer jungen Generation stiefmütterlich behandelt, gefährdet die Zukunftsfähigkeit der gesamten Gesellschaft“
Statement Detlef Wetzel Seite 16

„... eine Plattform, um gemeinsam für eine gute Zukunft zu kämpfen“
Junge Beschäftigte im Gespräch mit Politik und Wissenschaft Seite 21

6 Einwürfe der IG Metall zur Situation der jungen Generation Seite 22

„Das dreigeteilte Schulsystem abschaffen“ Interview mit Prof. Dr. Michael Hartmann Seite 28

Hintergrund: Politik und Unternehmen müssen handeln Seite 30

Jetzt muss gehandelt werden!
Berthold Huber, Statement zu den Arbeits- und Lebensbedingungen junger Beschäftigter Seite 32

Hintergrund: **Gemeinsam für eine gute Zukunft kämpfen** Seite 34

Motiviert – aber ausgebremst!
Studie über die persönliche Lage und Zukunftserwartungen der jungen Generation Seite 37-45 und 53-59

Hintergrund: **Der neue Kampf der jungen Generation** Seite 38

„Eine letztlich unerträgliche Situation“ Interview mit Prof. Dr. Klaus Dörre über Ausmaß und Auswirkungen von atypischen Beschäftigungsverhältnissen Seite 42

Die Krise gehört Euch!
Von Eric Leiderer Seite 48

Hintergrund: **Deutsche Spezialität – das unsoziale Bildungssystem** Seite 52

Leben ohne Warteschleife
Interview mit Regina Görner Seite 56

Ingenieure und technische Experten gewinnen in der IG Metall Seite 58

Hochqualifizierte und Gewerkschaften – verschiedene Welten?
Interview mit Prof. Dr. Vester über das gemeinsame Projekt mit der Sozialwissenschaftlerin Christel Teiwes-Kügler zur Untersuchung der Milieus junger ArbeitnehmerInnen Seite 62

Hintergrund:
Wünsche und Träume der jungen Generation Seite 66

„Wir brauchen eine andere Kultur in unseren Unternehmen“ Interview mit der Soziologin Svenja Pfahl zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf Seite 72

Die IG Metall – Partner für junge Beschäftigte Seite 75

Impressum
Herausgeber: IG Metall Vorstand
Frankfurt am Main
V.i.S.d.P.: Berthold Huber, Detlef Wetzel

Redaktion und Umsetzung:
Funktionsbereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik, Funktionsbereich Mitglieder und Kampagnen
Gestaltung und Bildredaktion:
o.k! Ohrndorf Kommunikation
Druck: apm
Fotos: Manfred Vollmer, Christian von Polentz/transitfoto, Stephen Petrat/Büro Schwinkopf, Jan Michalko, Florentine Sievers/kp works, Christian Iwanowski, o.k! Bild
September 2009

www.gutes-leben.de



Junge Generation – Gemeinsam für ein Gutes Leben

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

unsere Kinder sollen es einmal besser haben – dieses Grundversprechen unserer Gesellschaft ist zerbrochen. Nicht erst in den letzten krisengeprägten Monaten, sondern seit Jahren. Schwierigkeiten schon beim Berufseinstieg, wenig Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, oft der Weg in eine prekäre Beschäftigung. Der “Generation Prekär“ wird es schwer gemacht mit einem guten Leben. Ungerechte Bildungschancen, Leiharbeit, befristete Jobs, Dauer-Praktika, Minijobs oder gleich Hartz IV: Das sind die prägenden Erfahrungen. Die aktuelle Krise verschärft diese untragbare Situation zusätzlich: So standen im Juli 2009 fast 8 Prozent weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung als im Vorjahr. Die Zahl der Ausbildungsverträge ging ebenfalls zurück – um satte 9,3 Prozent. Nur eine einzige Zahl zeigt in diesem Zeitraum steil in die Höhe. Die der jungen Menschen ohne Arbeitsplatz. Im Juli 2009 stieg diese Zahl um beängstigende 16,1 Prozent.

Das sind deprimierende Perspektiven. Nicht nur die Zukunftsperspektiven der jungen Generation sondern der ganzen Gesellschaft stehen auf dem Spiel. Bildung, Ausbildung, ein sicherer Job, ein gutes Leben: Seit Jahren stehen die Hoffnungen einer ganzen Generation auf der Streichliste neoliberaler Politik und Wirtschaft. Viele der unter 35-Jährigen werden so um ihre Perspektiven gebracht. Berufliche Zukunft, persönliche Lebensvorstellungen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleiben auf der Strecke. Wir als IG Metall akzeptieren nicht, dass die junge Generation weiter in die Perspektivlosigkeit rutscht.

Deshalb sagen wir: Gemeinsam für ein Gutes Leben. Wir haben eine Alternative: Eine Gesellschaft, in der Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Würde, Anerkennung und Respekt wichtiger sind als Profit. Eine Gesellschaft, die jungen Menschen die Chancen bietet, ein selbstbestimmtes, freies Leben mit echten Perspektiven zu führen.

Die IG Metall steht auf der Seite der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie wird ihnen weiterhin zuhören und für ihre Forderungen und Interessen Partei ergreifen. Handlungsbedarf gibt es genug, auf der betrieblichen Ebene und in der Politik. Gemeinsam mit den jungen Beschäftigten werden wir Konzepte aufzeigen und deren Umsetzung von Unternehmen und Politik offensiv einfordern. Immer und immer wieder. Gemeinsam für ein Gutes Leben!

Berthold Huber

Detlef Wetzler

Berthold Huber, 1. Vorsitzender der IG Metall Detlef Wetzler, 2. Vorsitzender der IG Metall



Gemeinsam für ein Gutes Leben: **Die Kampagne** nimmt Fahrt auf.

„Gemeinsam für ein Gutes Leben“ – mit dieser Kampagne gehen wir als IG Metall in die Öffentlichkeit. Mit einem eindeutigen Ziel: Wir wollen eine Alternative zur aktuellen Politik. Wir werden nicht länger zusehen, wie Politik und Wirtschaft die Interessen der Mehrheit der Menschen zugunsten der Profitgier einiger Weniger übersieht. Alle Werte, die ein gutes Leben ausmachen – Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Würde, Anerkennung und Respekt – werden auf dem Altar eines außer Rand und Band geratenen Marktradikalismus geopfert. Wir sagen: Schluss damit! Der Mensch gehört wieder in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen und politischen Handelns. Er ist das Maß aller Dinge. In den Betrieben und der Gesellschaft. Nicht die Gier nach schnellem Geld.

Mit dieser Meinung stehen wir nicht allein. In der größten Befragung in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften haben wir mit und nicht über die Menschen gesprochen. Wir wollen wissen, was sie von einem guten Leben erwarten. Welche Themen sind wichtig? Was bewegt die Menschen in unserem Land?

Und was fordern sie von der Politik? Überall in Deutschland – in Betrieben, auf der Straße und im Netz – hat die IG Metall die Menschen gefragt, was sie von einem Guten Leben erwarten. Über 450.000 Menschen haben ein eindeutiges Votum abgegeben. Die Menschen erwarten mehr von einem Guten Leben als das, was uns Politiker und Unternehmen anbieten. Die Menschen wollen eine sichere und faire Arbeit. Sie wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder und dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft. Sie wollen Arbeit und Leben vereinbaren können und im Alter sorgenfrei leben.

Ein klares Votum für die Positionen der IG Metall. Die Menschen in Deutschland erwarten von der IG Metall eine Alternative zur Politik der ökonomischen Marktschreier. Deshalb werden wir den Menschen mit dieser Kampagne eine Stimme geben. Gemeinsam in allen Handlungsfeldern der IG Metall. In den Betrieben, in den Tarifverhandlungen und in unseren Erwartungen an die Politik – wir werden dafür kämpfen, dass die zentralen Interessen der Menschen wieder Grundlage für politische Entscheidungen werden. Mit einer gemeinsamen Forderung: Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!



Gutes-Leben-Tour

„Deine Stimme für ein gutes Leben“

Mit den Menschen reden, nicht über sie. Das will die IG Metall mit „Gemeinsam für ein Gutes Leben“. Deshalb verbindet sich damit die größte Befragung, die Gewerkschaften je gemacht haben. Gefragt wurde danach, was die Mitglieder, die Beschäftigten im Organisationsbereich der IG Metall, die Menschen in Deutschland denken und fordern, wenn es darum geht, ein sicheres und gutes Leben zu führen. „Was ist Dir wichtig?“ „Was muss sich ändern?“ Wer anders kann diesen Dialog besser führen als die IG Metall? In den Monaten April und Juni haben zigtausende aktive Metallerrinnen und Metaller, Jugend- und Auszubildendenvertreter, Vertrauensleute und Betriebsräte hunderttausende Gespräche zu den Themen der Kampagne geführt.

Die Befragung wurde unterstützt durch eine Roadshow: Zwei Gutes-Leben-Trucks waren bundesweit unterwegs, um in vielen Städten Aktionen vor Ort zu unterstützen und Werbung zu machen. Unter www.gutes-leben.de konnten Interessierte nicht nur den Fragebogen ausfüllen, sondern auch weitere Informationen erhalten.

Kongress Junge Generation

Neben den vielen örtlichen Aktionen gab es einen weiteren Startschuss: In Berlin haben wir auf einem viel beachteten Kongress die Interessen der Jungen Generation in den Fokus gestellt. Jugendliche diskutierten mit Politikern und Wissenschaftlern über das, was sie wirklich bewegt.

So wollen wir leben!

Veröffentlichung der Befragungsergebnisse

Der nächste Meilenstein der Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben“: Die Präsentation der Befragungsergebnisse. Die beiden Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber und Detlef Wetzels, stellten am 30. Juni 2009 die Ergebnisse vor und konfrontierten die Politik mit den Wünschen der Menschen, die sich in einem Satz bündeln lassen: Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!

Die Forderungen aus der Befragung wurden am 5. September 2009 noch einmal dick unterstrichen. In der Arena in Frankfurt zeigten mehr als 50.000 Menschen, was sie sich von einem guten Leben vorstellen. Und was sie dafür von der Politik erwarten. <<





25. April 2009

**Die Zukunft
gehört uns!**

Der Kongress im ewerk Berlin



Die Zukunft gehört uns!
Der Kongress
„Junge Generation“

von Eric Leiderer



Für die “Generation Prekär” der unter 35-Jährigen wird ein sicherer Arbeitsplatz mit einem guten Einkommen immer mehr zum unerreichbaren Wunschtraum.

Über ein Drittel der Jungen arbeitet in so genannter “atypischer Beschäftigung”.

In Berlin macht die IG Metall die fehlenden Lebensperspektiven dieser Generation zum Top-Thema: Junge Beschäftigte diskutieren offen mit Vertretern aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft. Am Ende ist klar: Es muss was passieren. >

Zuhören, verstehen, unterstützen: Das sind die Stichworte für unseren Kongress. Hier haben wir uns als IG Metall intensiv mit der Situation der jungen Generation auseinandergesetzt. Hier hat uns die Studie „Motiviert – aber ausgebremst“ (siehe Seite 37), in harten Zahlen bestätigt und noch einmal vor Augen geführt, was wir aus den Betrieben und von unseren Mitgliedern schon wissen. Dieser Kongress ist ein Zeichen dafür, dass sich die IG Metall, der Arbeits- und Lebenssituation der Jungen ernsthaft annimmt. Das ist unsere gesellschaftliche Verantwortung als Gewerkschafter. Gemeinsam mit den Jungen werden wir auch in Zukunft unsere Gesellschaft mitgestalten.

Das ist angekommen und darüber bin ich froh. Denn die Lage der jungen Generation zwingt uns geradezu, aktiv und offensiv dafür zu kämpfen, dass sich nachhaltig etwas verändert. Jetzt ist die Zeit gekommen. Es war gut, in Berlin Berthold Huber und Detlef Wetzels – unsere beiden Vorsitzenden, den Bundesminister für Arbeit Olaf Scholz und so renommierte Wissenschaftler wie Professor Michael Hartmann direkt mit denen zusammenzubringen, um die es geht: mit jungen Menschen. Auf Augenhöhe mit den Jugendlichen zu diskutieren und ungefiltert von ihren Ängsten und Problemen zu erfahren, das hat, so hoffe und glaube ich, bei allen Beteiligten Eindruck hinterlassen.

Einmischen! Aktiv werden! Position beziehen!



Und ich bin froh darüber, dass es uns mit diesem Kongress gelungen ist, unsere Themen massiv in die Öffentlichkeit zu tragen. Wir werden wahrgenommen. Das ist die Voraussetzung, um eine notwendige Diskussion anzuschleppen, die eine Frage beantworten muss: In was für einer Gesellschaft wollen wir eigentlich leben? In dieser Debatte werden wir als IG Metall von den Menschen als wichtige, gestaltende Kraft wahrgenommen. Wir werden gemeinsam mit den Beschäftigten dafür kämpfen, dass es wieder gerecht zugeht in diesem Land und dass die Jugend eine Zukunft hat, an die sie glauben kann. >



Die Gelegenheit dafür ist günstig, denn die Wut wächst. Das ist eine Chance für Veränderung. Das haben wir auch bei unseren Aktionen vor dem ewerk und dem Finanzministerium gesehen. Die mehr als 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer brannten darauf, ihre Forderungen laut und deutlich zu formulieren, in aller Öffentlichkeit. Das und die über 60 anderen Aktionen, die unsere Mitglieder im Rahmen unserer Kampagne „Operation Übernahme“ durchgeführt haben, zeigen uns: Es kommt Bewegung in die „Generation Prekär“. Die Jugend hat es satt, zwischen Hartz IV, Praktikum oder Leiharbeit wählen zu müssen. Die Jugend will echte Perspektiven, eine gute Arbeit und ein gutes Leben.

Für dieses Ziel war der Kongress ein erster, aber wichtiger Schritt. Wir stehen am Anfang eines Weges, der nicht immer einfach sein wird. Das muss uns bewusst sein. Wir brauchen Zielstrebigkeit und Konsequenz und den Willen, unser Ziel zu erreichen. Und wir dürfen uns von diesem Weg nicht abbringen lassen. Gute Ideen und Projekte, junge Menschen stärker ins Scheinwerferlicht zu stellen, gibt es in der IG Metall-Jugend seit Jahren. Deshalb freut es mich besonders, dass jetzt diese Themen in der Mitte der IG Metall angekommen sind: Die Bedürfnisse der jungen Generation werden ernst genommen und angepackt.



Als Gewerkschafter wissen wir, dass wir viel erreichen können. Wir wissen, dass es sich lohnt, gemeinsam für ein gutes Leben zu kämpfen. Denn die Zukunft gehört uns. <<

Beeindruckende Aktion der IG Metall-Jugend: Marsch mit einem Riesenbanner zum Finanzministerium, wo hunderte von gelben Zetteln an die Zäune geheftet wurden, die Wünsche und Forderungen für eine sichere Zukunft zum Ausdruck bringen.





IG Metall und Junge Generation

„Eine Politik, die die Entfaltungsmöglichkeiten und Perspektiven ihrer jungen Generation stiefmütterlich behandelt, gefährdet die Zukunftsfähigkeit der gesamten Gesellschaft.“

Von Detlef Wetzel, 2. Vorsitzender der IG Metall

„Meinen Kindern soll es einmal besser gehen als mir“ – ein Wunsch, der die Hoffnung auf eine gute Zukunft ausdrückt. Nicht nur eine gute Zukunft für die jungen Menschen, sondern für die ganze Gesellschaft. Dieser Wunsch wurde über viele Jahrzehnte zur Gewissheit. Das gibt es heute nicht mehr. Falsche Weichenstellungen von Politik und Wirtschaft schaffen ein Klima, das der jungen Generation immer weniger Luft zum Atmen lässt.

Viele junge Menschen stolpern mit Praktika, Minijobs, Leiharbeit oder befristeten Arbeitsverträgen in eine Zukunft, die ihnen nicht das bietet, was sie von einem guten Leben erhoffen: einen sicheren Job, eine Familie, sich auch mal etwas leisten können – einfach dazugehören in unserer Gesellschaft.

Wenig Aussicht auf berufliche Sicherheit, wenig Aussicht auf ein faires Einkommen, wenig Aussicht auf eine bessere Zukunft. Das bleibt nicht ohne Folgen. Viele junge Menschen haben Angst. Angst um ihre berufliche, Angst um ihre private Zukunft.

Ein überwältigender Teil der jungen Generation glaubt nicht mehr daran, dass es ihnen einmal besser gehen wird als ihren Eltern. Er blickt pessimistisch in eine für sie zunehmend bedrohliche Zukunft.

Die Ergebnisse einer im Auftrag der IG Metall erstellten Studie von TNS Infratest bestätigt diese Entwicklung. Alarmierende 78 Prozent der 14 bis 35-Jährigen in Deutschland blicken mit Sorge in unsere gesellschaftliche Zukunft. Ein Lichtblick aber bleibt: Junge Menschen lassen den Kopf nicht hängen. Mehr als die Hälfte geht von einer positiven persönlichen Zukunft aus. Sie wollen eine aktive Rolle in unserer Gesellschaft übernehmen. Nur: Ihnen wird die Tür vor der Nase zugeschlagen. Junge Menschen sind motiviert – aber ausgebremst.

Die Generation Prekär

Politische und ökonomische Fehlentwicklungen, die Krise als Folge eines gescheiterten Marktradikalismus: Die Folgen baden in erster Linie die Jungen aus. Sicher: In diesem Alter gehören Veränderungen einfach dazu.

Der erste Job, die erste Liebe, die erste eigene Wohnung: Das macht das Leben spannend. Jetzt werden Weichen gestellt. Für eine Karriere im Beruf, für eine eigene Familie. Entscheidungen, die jeder für sich treffen sollte. Die Realität sieht ganz anders aus: Zwänge entscheiden über das Leben junger Menschen. Unsicherheit wird zum Alltag, nach ihren Wünschen wird nicht gefragt. Perspektiven für Leben und Arbeit? Fehlannonce. Gerade die unter 35-Jährigen sind besonders von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Weit über dem Durchschnitt finden sich hier Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse. Jeder Fünfte der jungen Erwerbstätigen lebt mit einem befristeten Arbeitsvertrag. Oft beginnt das Problem schon bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Ein Drittel der Jugendlichen haben Schwierigkeiten, überhaupt einen Platz zu finden.

Besonders deprimierend: Ein Drittel dieser Generation hat schon Arbeitslosigkeit erleben müssen.

Die Lösung dieser Probleme ist ganz bestimmt nicht der „digitale Bohémien“, der mit seinem MacBook in den Berliner Cafés sitzt, und morgens nach dem Aufstehen nicht weiß, wie er seinen nächsten Kaffee bezahlen soll. So cool und abgeklärt die Vertreter dieses Lebensentwurfs auch wirken mögen, so sehr sie von Medien und inzwischen auch der Politik gefeiert werden – eine Alternative ist dieser Entwurf bestenfalls für eine urbane Minderheit. Und sogar hier ist zu erwarten, dass der eine oder andere „Bohémien“ in schlaflosen Nächten seine Zukunftsängste twittert. Akademiker und Freiberufler bleiben von den negativen Entwicklungen nicht verschont. >

Sie brauchen Unterstützung, um ihre Verhältnisse zu verbessern. Und plötzlich erscheinen Gewerkschaften überhaupt nicht mehr antiquiert. Sondern als Verbündete im Kampf um bessere Lebensbedingungen. Zwischenzeitlich hat das auch der „Spiegel“ erkannt. Prekäre und atypische Beschäftigung: Das sind Arbeits- und Lebensbedingungen, die ein selbstbestimmtes Leben zu Grabe tragen. Das ist und bleibt ein gesellschaftlicher Skandal!

Reiche Eltern – gute Chancen

Die Zukunft fängt früh an. In der Schule wird der Grundstein gelegt, eine gute Schulbildung öffnet den Weg in eine Ausbildung oder ein Studium. Eine qualifizierte Ausbildung macht den Weg frei in eine sichere berufliche Zukunft.

Bildung als Basis für ein selbst bestimmtes Leben? Hier wird niemand widersprechen. Nur: Wie sieht es wirklich aus? Kinder aus sozial schwachen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund werden immer noch massiv benachteiligt. Hier endet der Weg in eine lebenswerte Zukunft oft schon, bevor er richtig begonnen hat. Bildung als Grundlage für Lebenschancen und die Notwendigkeit von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Unternehmen: Bisher nur Versprechungen. Deutschland hinkt hinterher. Nicht Begabung, sondern Herkunft und Geldbeutel entscheiden über die Chancen auf eine gute Bildung. Man mag es eigentlich gar nicht mehr wiederholen: Die Bildungschancen in Deutschland sind ungerecht verteilt. 83 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien

beginnen ein Studium, aber nur 23 Prozent der Kinder aus Arbeiterhaushalten beginnen ein Studium. Gute Bildung ist immer noch das Privileg Weniger. Und wieder: Das ist ein gesellschaftlicher Skandal.

Perspektiven und Zukunft schaffen

Es kann nicht sein, dass gerade die Jungen die Suppe auslöffeln sollen, die uns eine Horde renditegetriebener und verantwortungsloser Wirtschaftsbesitzer eingebracht hat. Die IG Metall wird nicht mit zusehen, wie eine ganze Generation verloren geht. Sie wird deren Interessen in den Fokus stellen und dafür sorgen, dass Politik und Wirtschaft endlich ihrer eigentlichen Verantwortung gerecht werden. Und jungen Menschen die Chance bietet, ein selbstbestimmtes, freies Leben mit echten Perspektiven zu führen. Ganz einfach ein gutes Leben.

Die IG Metall steht auf der Seite der Jungen. Das heißt für uns zu allererst: zuhören. Wir wollen wissen und verstehen, was die junge Generation von ihrem Leben erwartet. Wir wollen mit ihr reden, nicht über sie. Deshalb haben wir die junge Generation zunächst in einer Umfrage gefragt, wie ihre Lebenssituation aussieht und was sie wirklich denkt und will. In Berlin haben wir auf dem Kongress „Junge Generation“ gefragt, welche Lebensperspektiven diese Gesellschaft jungen Menschen bietet. Eine Frage, die nicht nur innerhalb der IG Metall auf großes Interesse traf. Gäste aus Politik und Wissenschaft, aus anderen Gewerkschaften und Verbänden diskutierten gemeinsam mit den Jungen über das, was sich

ändern muss. Mit einem Bild, das Hoffnung macht und mit einem Vorurteil aufräumt: Diese Generation ist nicht unpolitisch. Das zeigt auch die von der IG Metall durchgeführte Befragung „Deine Stimme für ein gutes Leben“. In der größten bisher von Gewerkschaften durchgeführten Umfrage haben wir mehr als 450.000 Antworten auf die Frage erhalten, was die Menschen in Deutschland von der Politik erwarten, damit sie selbst ein gutes Leben haben. Politisches Desinteresse sieht anders aus. Was sie aber nicht haben, ist Vertrauen in die politischen Entscheider. So wenig Vertrauen Menschen in die Politik haben, so sehr vertrauen sie aber darauf, dass wir als IG Metall ihre Ängste und Sorgen ernst nehmen. Eine der Kernforderungen in unserer Umfrage ist eine gute Zukunft für junge Menschen. Dazu gehört zuallererst: ausreichend qualifizierte Ausbildungsplätze. Hier stehen die Unternehmen in der Pflicht. Ebenfalls sehr wichtig: mehr Investitionen in Bildung. Die Menschen wollen, dass Kindergärten, Schulen und Hochschulen besser ausgestattet werden. Und sie wollen, dass Bildungschancen gerecht verteilt werden.

Ein klares Votum, das zeigt, dass wir als IG Metall mit unseren Themen und Werten nah dran sind an den Erwartungen und Interessen auch der jungen Generation. Wie nah, zeigt die hohe Zustimmung zu unseren Positionen. Und es ist ein eindeutiges Votum gegen die aktuelle Politik in unserem Land. Daraus ergibt sich auch ein Auftrag an die IG Metall. Die Menschen trauen uns zu, ihre Forderungen in die Politik zu tragen.



„Wir geben den Erwartungen und Hoffnungen der jungen Menschen in unserer Kampagne eine Stimme.“

Forderungen, die sich in einem Satz bündeln lassen, der ganz besonders für die junge Generation gilt: Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!

Nicht nur reden, sondern handeln

„Gemeinsam für ein Gutes Leben“ – das ist die Kampagne, mit der wir als IG Metall in die Öffentlichkeit gehen. Mit einem klaren Ziel: Wir werden einem alles bestimmenden, völlig aus den Fugen geratenen Marktradikalismus eine Alternative entgegensetzen.

Eine Alternative, die tief verwurzelt ist in der Geschichte der IG Metall. Und aktueller ist denn je: Wir wollen eine Politik, die endlich wieder die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Eine Politik, die auf klaren Werten beruht. Nicht die Gier nach schnellem Geld, sondern Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Würde, Anerkennung und Respekt sind die Werte, die zu einem Guten Leben gehören. Diese Werte einzufordern, ist die Aufgabe, die Verpflichtung der IG Metall.

Besonders für die junge Generation, aber auch für alle Menschen in diesem Land. Denn Politik und Wirtschaft spielen nicht nur mit dem persönlichen Leben der jungen Beschäftigten, sondern mit der Zukunft unserer Gesellschaft. Wer wird in einer zunehmend komplexen Produktion die deutsche Industrie am Laufen halten, wenn nicht motivierte, gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter? Wer soll innovative Produkte entwickeln und managen, ›

wenn nicht motivierte Angestellte und Hochschulabsolventen? Wie soll ein Sozialsystem von einer Generation erhalten und ausgebaut werden, die zum großen Teil selbst von der Hand in den Mund lebt? Und nicht zuletzt: Wie sollen frustrierte junge Menschen Verantwortung für eine Gesellschaft übernehmen, die sie sehenden Auges in den Abgrund treibt? Es ist höchste Zeit, wieder Perspektiven zu schaffen. Es ist Zeit für eine Gesellschaft, in der alle an einem Strang ziehen.

Aktiv im Betrieb

Die IG Metall beschränkt sich nicht darauf, gesellschaftspolitische Forderungen zu stellen. Wir handeln dort, wo wir es können: in den Betrieben und Tarifverhandlungen. Und das mit Erfolg.

Die IG Metall will bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer. Deshalb akzeptiert sie nicht, dass in den Betrieben eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entsteht und Stammbeschaften zunehmend von Leiharbeit verdrängt werden.

Die Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ kämpft erfolgreich für eine angemessene Bezahlung von Leiharbeitern und geht gegen Ungerechtigkeiten und Missbrauch vor. Mit ermutigenden, konkreten Ergebnissen. In vielen Unternehmen konnte schon die gleiche Bezahlung von Stammbeschaft und Leiharbeitern durchgesetzt werden.

Ein weiteres Beispiel: Die Auseinandersetzung nach der Ausbildung um eine unbefristete Übernahme. Rund 50 Prozent der Auszubildenden werden nach Abschluss der Ausbildung nicht in den Betrieb übernommen. Damit endet der Weg in den erlernten Beruf schon, bevor er richtig begonnen hat. Auch hier wieder: Das ist ein Skandal.

Deshalb ist der Kampf um die Übernahme ein wichtiger Teil der Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben“. Die von der Jugend der IG Metall initiierte „Operation Übernahme“ hat Erfolg. An vielen Stellen konnte die IG Metall sich durchsetzen und Zukunft schaffen. Für junge Beschäftigte und für Unternehmen.

Wir suchen den Dialog mit jungen Menschen und werden gemeinsam mit ihnen ihren Erwartungen und Hoffnungen in unserer Kampagne eine Stimme geben. Wir bieten eine Plattform, um gemeinsam um eine gute Zukunft zu kämpfen. In den Betrieben, in den Tarifverhandlungen und in unseren Forderungen an die Politik – wir werden alles tun, um die zentralen Interessen junger Menschen wieder in den Fokus politischer Entscheidungen zu stellen. Damit die Interessen der Menschen wieder im Mittelpunkt politischen und wirtschaftlichen Handelns stehen. «

„Damit die Interessen der Menschen wieder im Mittelpunkt politischen und wirtschaftlichen Handelns stehen.“



Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall im Gespräch mit jungen Beschäftigten.

Auf dem Kongress der Öffentlichkeit vorgestellt:

6 Einwürfe der IG Metall zur Situation der Jungen Generation

1. Skandal als Normalität

„Meinen Kindern soll es einmal besser gehen als mir“, dieser Wunsch der Menschen trägt schon lange nicht mehr. Drei Viertel der unter 35-Jährigen glauben nicht, dass es ihnen besser gehen wird als ihren Eltern. Und nicht nur die junge Generation blickt skeptisch in die Zukunft. Unter den über 35-Jährigen erwarten gar nur 6 Prozent, dass es den heute Jungen einmal besser gehen wird. Unsere Gesellschaft hat ihren Zukunftsoptimismus verloren. Nicht wegen wehleidig-pessimistischer Gefühle, sondern wegen realer gesellschaftlicher Entwicklungen.

Große soziale Unterschiede und strukturelle Ungerechtigkeiten prägen unsere Gesellschaft. Der Glaube an die Mittelstandsgesellschaft wird von dem Lebensgefühl „Die da oben, wir hier unten“ verdrängt. Die junge Generation ist besonderes betroffen. Ihre Lebensperspektiven sind gefährdet. Zu Recht blickt sie mit Sorge in die Zukunft. Die Probleme türmen sich auf und verbauen der jungen Generation die Chancen auf ein gutes Leben.

2. Weniger Armut und mehr Sicherheit durch reguläre Jobs!

Praktika, Leiharbeit, Zeitarbeit, befristete Jobs sind mittlerweile die Regel und nicht die Ausnahme. Zwei Drittel der unter 35-Jährigen machen beim Übergang ins Berufsleben die Erfahrung von Unsicherheit, viele sogar mehrfach. Einer wachsenden Gruppe junger Menschen wird die Perspektive auf ein normales Beschäftigungsverhältnis dauerhaft verwehrt.

Schluss mit Generation Praktikum!

Nach erfolgreich absolvierter Ausbildung ein Praktikum oder oft Kettenpraktika – das ist keine Seltenheit. Jede und jeder fünfte Ausgelernte macht diese Erfahrung, bei den Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen fast 40 Prozent. Die Entlohnung liegt bei etwa 600 Euro – wenn überhaupt gezahlt wird. Zwei Drittel der Praktikantinnen und Praktikanten, Absolventinnen und Absolventen müssen deshalb auf finanzielle Unterstützung ihrer Eltern zurückgreifen. Zu Recht werden Praktika als „verdeckte reguläre Beschäftigung“ bezeichnet. Viele Praktikantinnen und Praktikanten werden als billige Arbeitskräfte missbraucht.

Um Ausbeutung durch Praktika einzudämmen, muss die Beweislast umgekehrt werden. Im Streitfall muss der Arbeitgeber beweisen, dass der Praktikant oder die Praktikantin nicht unzulässig als Arbeitskraft missbraucht wurde.

Der Ausbildungscharakter eines Praktikums und der Anspruch auf eine angemessene Vergütung sind im Bürgerlichen Gesetzbuch zu verankern. Praktika dürfen nur noch schriftlich vereinbart werden. Die IG Metall unterstützt entsprechende Überlegungen des Bundesarbeitsministeriums.

Schluss mit Generation Leiharbeit!

Die junge Generation ist in besonderem Maße von Leiharbeit betroffen. 31 Prozent der Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen sind 15 bis 30 Jahre alt. Der Anteil ist damit um ein Drittel höher als der Anteil dieser Altersklasse an allen Erwerbstätigen.

Das Risiko, für einen Dumpinglohn arbeiten zu müssen, liegt bei Leiharbeit sechsmal höher als bei normaler Beschäftigung. Jeder achte Leiharbeiter ist auf Hartz IV angewiesen. Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen tragen ein dreimal höheres Risiko, nach einem Jahr

arbeitslos zu werden.

Dann haben die meisten nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld I, denn die durchschnittliche Beschäftigungsdauer in der Leiharbeit liegt deutlich unter einem Jahr.

Leiharbeit muss reguliert werden. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ist zu ändern, dass der Gleichstellungsgrundsatz tatsächlich gilt und davon nur in einer kurzen Einarbeitungszeit abgewichen werden kann. Die Leiharbeitsbranche muss ins Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen werden, um Lohndumping wirksam zu bekämpfen. Das Synchronisationsverbot muss wieder eingeführt werden, damit der Leiharbeitsvertrag nicht auf die Dauer des ersten Einsatzes in einem Entleihbetrieb begrenzt werden kann. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats beim Einsatz von Leiharbeitern müssen verbessert werden. Der betriebliche Regelungsspielraum kann für den Abschluss von so genannten „Besservereinbarungen“ zwischen der IG

Metall und dem Betrieb genutzt werden.

Schluss mit Generation Befristung!

Jede und jeder vierte Beschäftigte unter 30 Jahren hat nur einen Vertrag auf Zeit. Darauf lassen sich weder berufliche Weiterentwicklung noch private Lebensplanung aufbauen. Gerade in der Wirtschaftskrise wird diese Unsicherheit zur frustrierenden Gewissheit: Viele Arbeitgeber lassen die befristeten Verträge einfach auslaufen. Danach finden nur wenige einen neuen Job. Und Arbeitslosengeld erhält nur, wer innerhalb von zwei Jahren mindestens zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war – deshalb droht vielen Hartz IV.

Befristete müssen in unbefristete und gesicherte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Die Möglichkeiten zur sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen sind einzuschränken.

„Zukunft ist nicht planbar, wenn keine Aussicht besteht, nach der Ausbildung übernommen zu werden.“

„Nicht über, sondern mit der Jugend reden!“



6 Einwü rfe der IG Metall zur Situation der Jungen Generation

3. Lehre statt Leere

Im Jahr 2008 fehlten rund 187.000 betriebliche Ausbildungsplätze. Für 187.000 junge Menschen beginnt der Start ins Berufsleben mit einer tiefen Enttäuschung. Gute Ausbildung und sicherer Arbeitsplatz mit Perspektive sind die zwei Seiten einer Medaille. Bei Menschen ohne beruflichen Abschluss lag die Arbeitslosenquote bei 23 Prozent. Bei Menschen mit Hochschulabschluss bei 4 Prozent. Damit ist klar: Ausbildung ist der Schlüssel für ein gutes Aus- und Fortkommen.

Jede und jeder dritte junge Arbeitnehmer (36%) hat Probleme bei der Suche nach einem Arbeits- und Ausbildungsplatz. Und ein Viertel (25%) der Befragten ist mit der eigenen Ausbildung und Qualifizierung nicht zufrieden. Schon vor der Wirtschaftskrise sind zu

viele junge Menschen ohne Chancen auf einen Ausbildungsplatz geblieben. Jetzt droht eine Ausbildungskatastrophe. Jeder junge Mensch hat das Recht auf einen qualifizierten betrieblichen Ausbildungsplatz. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine gerechte, alle Betriebe einschließende, neue Form der Finanzierung der Berufsausbildung notwendig. Eine abgeschlossene Ausbildung allein reicht heute bei weitem nicht mehr aus als Einstieg ins Berufsleben. Rund 50 Prozent der Auszubildenden werden schon heute nicht übernommen. 14,9 Prozent der 15 bis 24-Jährigen sind arbeitslos. Diese Quote ist fast doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Übernahme sichert jungen Menschen Zukunftsperspektiven – und die dringend notwendige Berufserfahrung. Wer die Übernahme verweigert, der raubt jungen Menschen die Chancen auf einen guten Start ins Berufsleben. Darum verpflichtet sich die IG Metall, Übernahmeverpflichtungen tarifvertraglich festzuschreiben.

4. Gute Bildung für alle

In Deutschland sind Bildungschancen besonders ungerecht verteilt. Das setzt sich in Beruf und Karriere fort. Die Bildungschancen hängen besonders stark vom Geldbeutel sowie dem sozialen Status und dem Herkunftsland der Eltern ab. Die Ausgaben für Bildung liegen in Deutschland unter dem OECD-Durchschnitt. Weiterbildungsprogramme werden mehr und mehr gestrichen oder als Abstellgleise missbraucht.

Gleiche Bildungschancen und Gerechtigkeit im Bildungssystem sind der Schlüssel für die gerechte Verteilung von Lebens- und Berufsperspektiven. Wer Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle erreichen will, muss das dreigliedrige Schulsystem abschaffen! Die IG Metall setzt auf die „Gute Schule für alle“, auf den gemeinsamen Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse in ganztägig organisierten Schulen mit individueller Förderung und ohne frühe Differenzierung.

5. Privatleben und Beruf vereinbar machen

Bei der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf schneidet Deutschland im internationalen Bereich nur mittelmäßig ab. Das Angebot an Kinderbetreuung ist vor allem in den westlichen Bundesländern immer noch unzureichend. Kinder zu bekommen, bedeutet in Deutschland wegen der miserablen Betreuungssituation zwangsläufig, die Arbeitszeit zu reduzieren und auf Einkommen zu verzichten.

Auch das Elterngeld hat daran kaum etwas geändert. Das „Armutrisiko Kind“ ist der größte sozialpolitische Skandal. Vor allem Alleinerziehenden – und damit fast ausschließlich Frauen – droht so der Abstieg in die Mittellosigkeit. Ein zweites großes Defizit stellt die Vereinbarkeit von betrieblichen Arbeitszeiten mit den Bedürfnissen von Familien dar.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf ist eine zentrale Herausforderung für die Politik. So sehen das die jungen Menschen

und sie fordern mehr Anstrengungen der Politik.

Mehr Geld in die Betreuung ist das Gebot der Stunde. Die vorhandenen Transferleistungen müssen in einer Familienkasse gebündelt und zielgenauer eingesetzt werden. Fehlanreize im Steuersystem, wie das Ehegattensplitting, sind abzuschaffen.

6. Nicht über, sondern mit der Jugend reden

Mitbestimmung und Beteiligung prägen das Politikverständnis der IG Metall. Wer betroffen ist, muss beteiligt werden. Junge Beschäftigte sind bereit, sich zu engagieren, um ihre konkreten Arbeitsbedingungen zu verbessern. 68 Prozent wollen sich persönlich dafür engagieren und einsetzen. Die Bereitschaft ist bei Jungen deutlich höher als bei Älteren.

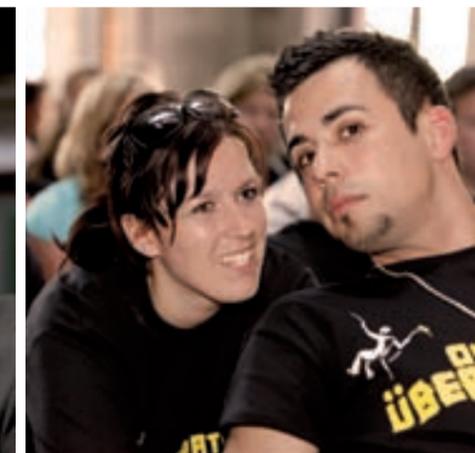
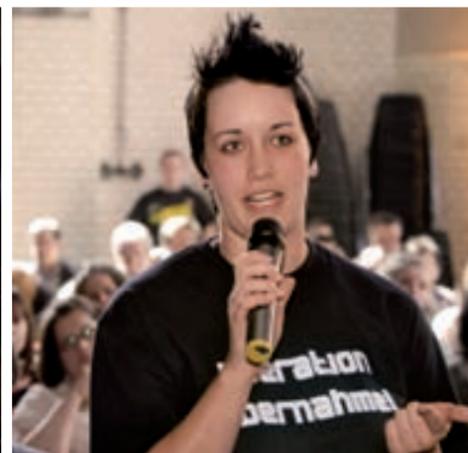
Auch die Gewerkschaften sind gefordert: Trotz einer großen Zahl an engagierten jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Jugend- und

Auszubildendenvertretungen und Betriebsräten stellen wir selbstkritisch fest, dass wir bisher dieser Bereitschaft zum Engagement nicht die passenden Angebote und Spielräume geben. Das Ziel, mehr junge Beschäftigte für den Betriebsrat zu gewinnen, wurde bei der letzten Betriebsratswahl 2006 nicht erreicht. Bei den Betriebsratswahlen 2010 wollen wir die Altersgruppe von 18 bis 27 Jahren (Altersgrenze IG Metall-Jugend) stärker beteiligen. Bisher entfallen nur 3,9 Prozent aller Betriebsratsmandate auf diese Altersgruppe.

Junge Menschen bringen neue Impulse und neuen Schwung in die Gremienarbeit. Jugend- und Auszubildendenvertreter und -vertreterinnen müssen Perspektiven für ein langfristiges Engagement entwickeln können. Junge Menschen sind motiviert und dürfen nicht ausgebremst werden.

Die IG Metall bietet der jungen Generation in der betrieblichen Mitbestimmung Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. <<

„Man muss immer damit rechnen, dass man in der Leiharbeit gekündigt wird. Da ist es schwer, an Familienplanung zu denken.“



„Themen ganz oben in der Politik platzieren“



Prof. Dr. Michael Hartmann, Detlef Wetzel und Bundesminister Olaf Scholz stellten sich den Fragen der Zuhörer.



Forderungen für **bessere Lebensperspektiven** Zukunft und Gegenwart **gemeinsam gestalten**



Alarmierende Zahlen: Über 30 Prozent der Erwerbstätigen unter 35 Jahren arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Berufseinsteiger sind besonders betroffen: Vier von zehn haben ein befristetes Beschäftigungsverhältnis.

Spürbar wurde die Unzufriedenheit der Kongressteilnehmer über diese Zustände, die sich durch die Krise noch einmal verschärft haben, bei der Diskussion mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Soziales, Olaf Scholz.



„Das dreigeteilte Schulsystem abschaffen!“

Wie Bildungschancen das Leben prägen

Prof. Dr. Michael Hartmann lehrt und forscht am Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt. In seinen viel beachteten Forschungen und Veröffentlichungen zur Herausbildung von Eliten zeigt er auch deutlich die Chancenungleichheiten im deutschen Bildungssystem auf.

Herr Professor Hartmann, das deutsche Bildungssystem ist, auch im Vergleich mit anderen Industriestaaten sozial sehr ungerecht. Warum?

Ja, das stimmt. Man kann sagen: Je ärmer ein Mensch aufwächst, umso geringer sind auch seine Chancen auf einen guten Bildungsabschluss und umgekehrt. Ich denke, es gibt dafür eine entscheidende Ursache. Es wird bei uns kaum etwas unternommen, um die Defizite und Benachteiligungen auszugleichen, die aus der familiären Herkunft herrühren. Und das Wenige, das getan wird, das wird zu spät getan.

Was tun?

Es gibt vor allem zwei Maßnahmen, die sehr wirksam wären. Zum einen muss die öffentliche Hand in hohem Umfang in die vorschulische Bildung investieren. Das heißt konkret: Die Versorgung mit KITAs muss flächendeckend sichergestellt und die Qualifikationen wie die Bezahlung des Betreuungspersonals müssen angehoben werden. Das wird in Deutschland seit Jahrzehnten sträflich vernachlässigt. Zum anderen muss das dreigeteilte Schulsystem abgeschafft und ein Gesamtschulsystem eingeführt werden. Und das muss mit dem Prinzip einer Ganztagschule verbunden werden. Das heißt, die Kinder sollten bei einer guten Betreuung möglichst lange zusammen sein. In einer solchen Schule spielen dann die Herkunft, die soziale Lage der Eltern und der gesamten Familie eine erheblich geringere Rolle. Das Besondere an diesem System ist, wie es sich an den skandinavischen Vorbildern zeigt: Nicht nur die Benachteiligten und Leistungsschwachen profitieren davon, sondern auch die Leistungsstarken.

Inwiefern?

Wer seinen Mitschülern beim Lernen helfen muss, der muss die Sache wirklich verstanden haben. Erklären hilft auch dem, der erklärt. Außerdem ist es nicht alles, das Wissen zu lernen, das in der Schule verlangt wird. Soziale Fähigkeiten und das Verständnis für andere Kulturen oder Lebensumstände sind ebenso wichtig.

Und das von Ihnen skizzierte Reformprogramm hilft grundlegend?

Dann ist erst einmal ein sehr viel besseres Fundament geschaffen. Aber Sie haben recht, das allein ist nicht die Lösung. Denken Sie nur an die Stadtviertel, in denen viele arme Familien leben, in denen auch meist die öffentliche Infrastruktur besonders schlecht ist. Also müssen solche Schulreformen von weiteren öffentlichen Investitionen begleitet werden. Ein Beispiel: Öffentliche Schwimmbäder und Büchereien sind gerade für Kinder und Jugendliche aus ärmeren Familien wichtig. Außerdem müsste die Armut auch direkt bekämpft werden, vor allem durch die Einführung von Mindestlöhnen und die Abschaffung von Hartz IV.

Gibt es besondere Gründe, warum Deutschland diesen Weg, den andere Länder mit ganztägigen Gesamtschulen eingeschlagen haben, nicht gegangen ist?

Die Teile der Bevölkerung, die von der Dreigliedrigkeit profitieren, also vor allem die Akademiker, haben sich als besonders durchsetzungsfähig erwiesen. Das war schon nach dem Krieg so, als sie in den westlichen Zonen alle Versuche der Besatzungsbehörden erfolgreich torpedieren konnten, Gemeinschaftsschulen einzuführen. Dasselbe war dann beim „Schulkampf“ in den

70er Jahren zu beobachten, beispielsweise in Hessen. Das Gymnasium ist anders als etwa in Schweden nirgendwo in der Bundesrepublik abgeschafft worden. Ganz im Gegenteil. Nach 1989 ist es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sogar neu eingeführt worden.

Nun gibt es das Argument, dass gutsituierte Eltern ihre Kinder nie in eine solche Einheitsschule schicken werden. Die Folge: Es gibt dann noch mehr Privatschulen und je nach Einkommen und Privilegien der Eltern werden die Unterschiede in der Bildung noch größer.

Das wird sich wohl nicht ganz verhindern lassen. Aber der Staat kann diesen Tendenzen gegensteuern, indem er alle Schulen gleich gut mit Ressourcen ausstattet und diejenigen Schulen, an denen beispielsweise der Anteil von ausländischen Jugendlichen besonders hoch ist, auch zusätzlich Personal erhalten. Länder wie Schweden und Finnland zeigen ja, dass diese Alternativen zum deutschen System keine Hirngespinnste sind. Auch in Kanada erhalten Schulen umso mehr Geld für einen Schüler, je größer dessen Probleme in sozialer, sprachlicher oder gesundheitlicher Hinsicht sind. Es ist also mit etwas gutem Willen durchaus machbar.

Stellen wir uns einmal vor, es kommt zu den Reformen, die Sie sich vorstellen! Wie würde sich denn die Gesellschaft auf Dauer verändern?

Es ist belegt, dass Gesellschaften, die ein halbwegs gerechtes Bildungssystem haben, in der Regel auch die geringsten Unterschiede in den Einkommen aufweisen. Auch sind deren Eliten sozial durchlässiger als in Deutschland. Ich denke, gerade vor dem Hintergrund der jetzigen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind dies zwei Vorteile, die im Wortsinne unbezahlbar sind. <<

Das deutsche Bildungssystem ist unsozial und produziert keine Chancengerechtigkeit, sondern erhält und fördert Ungerechtigkeiten. Das ist seit Langem und eindeutig belegt. Deshalb ist eine umfassende Bildungsreform überfällig. Diese muss das ungerechte dreigliedrige Schulsystem abschaffen und Kindern aus unterprivilegierter sozialer Herkunft gleiche Bildungschancen ermöglichen.

Politik und Unternehmen **müssen handeln!**

Weiterbildung muss gezielt auch jungen Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen zugute kommen. Alle Jugendlichen, die wollen, müssen eine berufliche Ausbildung erhalten. Deshalb muss die Zahl der Ausbildungsplätze stark erhöht werden. Wenn die Unternehmen diese Bedingungen nicht freiwillig erfüllen, muss eine Ausbildungsplatzabgabe erhoben werden.

Nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung muss die Übernahme in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis wieder zur Regel werden. Die IG Metall und die Betriebsräte konnten die Übernahme teilweise in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen erkämpfen.

Den jungen Beschäftigten muss dringend geholfen werden, damit sie Familie und Beruf besser und reibungsloser als bisher vereinbaren können.

Versuche der Unternehmen, diese Regelungen auszuhebeln – beispielsweise mit der Gründung von ausgelagerten Beschäftigungsgesellschaften – schaden der Zukunft der jungen Beschäftigten und der Zukunft der Unternehmen, sind diese doch auf motivierte und gut ausgebildete junge Mitarbeiter angewiesen.

Den jungen Beschäftigten muss dringend geholfen werden, damit sie Familie und Beruf besser und reibungsloser als bisher vereinbaren können. Dazu kann die Politik einiges beitragen: So müssen unter anderem qualifizierte und günstige öffentliche Betreuungseinrichtungen für Kinder stark ausgebaut werden. Aber auch in den Betrieben muss sich einiges ändern: Manager und Unternehmer haben zu lernen, dass die Beschäftigten zugleich Eltern sind. Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe müssen nach deren Bedürfnissen verändert werden. Junge Beschäftigte wollen Familie und Karriere vereinbaren können – und zwar Männer und Frauen.

Der massive Anstieg von unsicheren Arbeitsverhältnissen ist kein Naturgesetz, sondern vor allem Folge von politischen Entscheidungen. Diese müssen revidiert werden. Gewerkschaften und Betriebsräte haben mit ihren Mitteln beispielsweise die Lebens- und Arbeitsbedingungen von jungen Leiharbeitern verbessert. Trotz dieser Erfolge: Vor allem ist der Gesetzgeber gefordert, der mit seinen Regelungen die Auswüchse bei prekärer Beschäftigung überhaupt erst ermöglicht hat.

Die Folgen der aktuellen Krise dürfen nicht auf die junge Generation abgeschoben werden. Die Gesellschaft, aber auch jedes einzelne Unternehmen, das so handelt, gefährdet seine eigenen Zukunftschancen. Die Arbeitsplätze von jungen Beschäftigten sind oft schlecht abgesichert. Den vermeintlich einfachsten Weg zu gehen und sich in der Krise ihrer schnell und kostengünstig zu entledigen, ist phantasielos und kurzfristig gedacht. ‹‹



Manager und Unternehmer müssen lernen, dass die Beschäftigten zugleich Eltern sind.

**Jetzt muss
gehandelt werden!**

„Schluss mit der
Generation Prekär“

„... eine Gesellschaft,
die jungen Menschen
die Chancen bietet,
ein selbstbestimmtes,
freies **Leben**
mit echten
Perspektiven
zu führen.“

„Junge Menschen dürfen nicht die Opfer der Krise sein“, die IG Metall fordert einen sofortigen Aktionsplan der Politik. „Schluss mit der Generation Praktikum, Schluss mit Generation Leiharbeit und Schluss mit Generation Befristung!“ sind nur einige von einer Reihe deutlich formulierter Anforderungen an die Politik in Deutschland.

Die IG Metall macht die Lebens- und Arbeitsperspektiven der jungen Beschäftigten auf betrieblicher und gesellschaftspolitischer Ebene zu einem Topthema. Eine Gesellschaft, die die Entfaltungsmöglichkeiten und Perspektiven ihrer jungen Generation stiefmütterlich behandelt, gefährdet die Zukunftsfähigkeit der gesamten Gesellschaft. Wer soll sich mutig für ein Leben mit Kindern entscheiden und diese verantwortungsvoll erziehen? Wer soll sich engagiert und kreativ ins Arbeitsleben einbringen? Wer soll in Zukunft bürgerschaftliches Engagement z. B. in Vereinen und Politik gewährleisten? Die junge Generation ist in ihrer großen Mehrheit bereit, sich aktiv einzubringen und mitzumachen – das zeigen alle Studien und Umfragen. Politik, Unternehmen und Gesellschaft müssen aber auch die Bedingungen schaffen, dass diese hohe Motivation der Jungen sich auch entfalten kann.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der jungen Generation zu verbessern und somit eine nachhaltige Zukunftsentwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten, ist keine Aufgabe, die eine einzelne Organisation stemmen kann. Zu vielfältig sind die gesellschaftlichen Bereiche, die betroffen sind und einbezogen werden müssen. Für diese Herausforderung bedarf es der Kompetenz verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen, Institutionen und Bewegungen.

Die IG Metall möchte daher gemeinsam mit anderen Organisationen ein Bündnis Junge Generation – selbstbewusst in eigener Sache voranbringen und gemeinsam mit starken Partnern für ein gutes Leben streiten. «

Die junge Generation ist in ihrer großen Mehrheit bereit, sich aktiv einzubringen und mitzumachen – das zeigen alle Studien und Umfragen.

Gemeinsam für eine gute Zukunft kämpfen



Die IG Metall wird die **Zukunftschancen der Jungen Generation zu einem **Schwerpunkt** ihrer Arbeit machen. Es geht dabei um nicht weniger als um die Zukunft der ganzen Gesellschaft.**

Die Junge Generation will gut leben, eine sichere Zukunft und das eigene Leben selbst gestalten. Die aktuelle Krise steht dem entgegen. Aber nicht nur sie: Viele Probleme haben sich bereits seit Jahren angebahnt, die Krise verschärft sie nur noch. Eine qualifizierte Bildung und Ausbildung in der Schule und im Betrieb zu erhalten, das ist alles andere als selbstverständlich.

Besonders jungen Menschen, die eine Familie gründen wollen, wird es schwer gemacht, das mit dem Berufsleben zu vereinbaren. Das heißt: Es geht nicht um kleine Probleme, die einfach ausgesessen werden können. Im Gegenteil: Es muss sich einiges ändern, beispielsweise in der Bildungs- und in der Familienpolitik. Die IG Metall hat die Zukunftschancen der jungen Generation zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht. Es geht dabei um nicht weniger als um die Zukunft der ganzen Gesellschaft.

Die junge Generation ist nicht gleichförmig, sie lebt viele Leben: Junge Menschen haben unterschiedliche Interessen, Vorlieben, ihre Erwartungen an ihren Beruf und das eigene Leben sind vielfältig. Aber aller Vielfalt zum Trotz – sie haben auch große Gemeinsamkeiten.

Junge Menschen stehen alle vor wichtigen Entscheidungen:

- Sie ziehen aus ihrem Elternhaus aus. Sie gründen alleine oder zusammen mit Freund, Freundin, vielleicht auch mit Kollegen einen eigenen Hausstand und
- sie suchen und finden eine Partnerin oder einen Partner, entscheiden sich vielleicht für ein Leben mit Kindern.
- Sie bauen sich ihr Leben und fassen Fuß in Berufen und Betrieben. Solche Entscheidungen prägen.

Zeitgleich stehen sie auch in ihrem beruflichen Leben vor einschneidenden Übergängen:

- Sie wechseln von der Schule in eine Ausbildung oder an eine Hochschule und
- sie treten nach der Ausbildung oder dem Studium ihre erste Arbeitsstelle an.

Jedes Leben hat in diesen Zeiten der Übergänge und Brüche seine ganz eigene Version. Die Voraussetzungen, die jeder einzelne Jugendliche hat, sind sehr unterschiedlich: Der eine konnte sich umfangreich bilden, der andere nicht. Die eine hat Eltern, die sie förderten und stützten, die andere nicht.

Riskante Übergänge

Jeder Jugendliche verhält sich in dieser Phase seines Lebens anders. Aber alle stehen vor demselben Problem: Veränderungen, Übergänge und Brüche sind Zeiten der Unsicherheit. Und da gilt: Je stabiler die Familie, je tragfähiger die Brücken, die vor allem von Politik und Unternehmen für die Jugendlichen gebaut werden, je besser Bildung und Ausbildung des Jugendlichen, desto schneller und leichter kann er diese Unsicherheiten in seinem Sinne meistern. Trotz aller Hilfe, trotz aller Förderung: Diese Übergänge sind besondere Belastungen. Und sie sind für alle Jugendlichen mit Risiken verbunden; auch für diejenigen, die sich stark und gut gerüstet fühlen. Deshalb müssen Politik und Unternehmen den jungen Menschen in dieser Phase noch wirksamer helfen.

Diese Hilfen waren schon immer wichtig. Aber heute sind sie es mehr denn je: Denn diese Wechsel – von der Schule in die Ausbildung, von der Ausbildung in den Beruf – machen den Jugendlichen heute aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Bedingungen, des immer mühsameren Berufseinstiegs und der schwierigen Arbeitsmarktlage sehr viel mehr Mühen als früheren Generationen. Das belegen alle Untersuchungen. Es ist für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft fatal, wenn in dieser Lebensphase Ängste junge Menschen daran hindern, sich unbeschwert zu entfalten. <<

Studie

Motiviert – aber ausgebremst!

Ergebnisse der Studie: Persönliche Lage und Zukunftserwartungen der jungen Generation, TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der IG Metall, April 2009

Studienhintergründe

Der ständige Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft beeinflusst Lebensperspektiven und führt zu veränderten Erwartungshaltungen der Menschen.

Gerade in Zeiten einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise kann man von kurz- und langfristig wirksamen Änderungen hinsichtlich Einstellungen, Ängsten und Erwartungen ausgehen.

Es ist Ziel dieser Studie, die Lebensgefühle und -erwartungen der jungen Generation der 14 bis 34-Jährigen und ihre subjektiven beruflichen Perspektiven zu erheben. Es wird hinterfragt, inwiefern die gesellschaftliche Zuversicht für diese Generation noch trägt. Es geht weiter um die Frage, wie sich gesamtgesellschaftliche Entwicklungen am Arbeitsmarkt sowie im Bildungssystem auf die derzeitige Stimmung und die Zukunftserwartung der 14 bis 34-jährigen Menschen auswirken.

Generation Prekär

Die junge Generation bis 35 Jahre ist besonders von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Leiharbeit, ABM/SAM-Stellen und vor allem Befristungen sind bei ihnen weitaus stärker verbreitet als bei den Älteren. >



Zwei Drittel der jungen Beschäftigten bekommen nach ihrer Ausbildung keinen unbefristeten normalen Job, sondern müssen sich mit befristeten Jobs, Leiharbeit, Teilzeitjobs, Praktika, usw. auseinandersetzen.

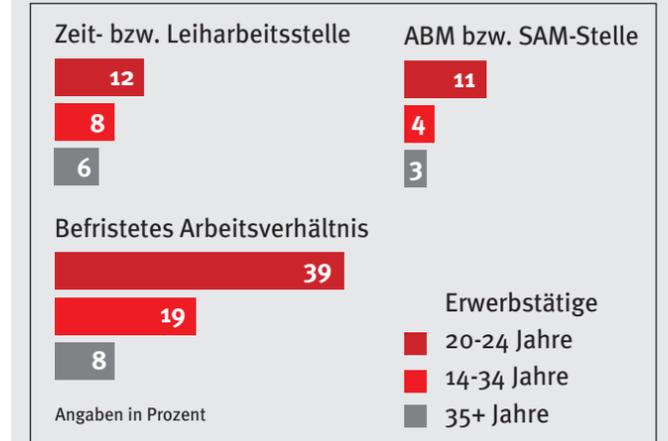
Der neue Kampf

der Jungen Generation

Es gibt keinen Zweifel: Die jungen Frauen und Männer von heute sind sehr viel stärker als ihre älteren Kolleginnen und Kollegen von den neuen Tendenzen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt betroffen. Zeitlich befristete Jobs, Leiharbeit, Praktika, Projektarbeiten, scheinselfständige Tätigkeiten werden immer häufiger. Gleichzeitig gibt es weniger reguläre sichere Vollzeit-Arbeitsstellen. Nur noch jeder dritte Beschäftigte, der 35 Jahre und jünger ist, wechselt direkt von seiner Ausbildung in ein normales, zeitlich unbefristetes Vollzeit-Arbeitsverhältnis. Die Folge: Sowohl in normalen Zeiten, erst recht in Wirtschaftskrisen, verlieren junge Beschäftigte als erste ihre Arbeitsstelle. >

>> Studie

Besondere Betroffenheit von Prekarisierung



Die junge Generation ist häufiger in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt als Erwerbstätige der Generation 35+. 8 Prozent geben an, dass es sich bei ihrer Tätigkeit um ein Leih- bzw. Zeitarbeitsverhältnis handelt (bei Erwerbstätigen ab 35 Jahren: 6 Prozent). Weitere 4 Prozent sind im Rahmen einer ABM- bzw. SAM-Maßnahme beschäftigt (ab 35 Jahren: 3 Prozent).

Von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung sind jeweils Männer, Befragte mit niedriger und mittlerer formaler Bildung sowie gewerbliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überdurchschnittlich betroffen.

Fast jeder fünfte der jungen Erwerbstätigen (19 Prozent) hat lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag. Bei Älteren liegt der Wert mit 8 Prozent deutlich niedriger.

Ganz besonders betroffen von prekärer Beschäftigung sind Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger: So bei den Erwerbstätigen im Alter von bis 24 Jahren haben 39 Prozent ein befristetes Beschäftigungsverhältnis. Ohne Überschneidungen ergibt sich für die junge Generation ein Netto-Wert von 31 Prozent in prekärer Beschäftigung, bei den Älteren 13 Prozent. >

Berufseinsteiger **unter 24** besonders betroffen

Generell gilt: Vergleichsweise wenige junge Beschäftigte haben einen sicheren Arbeitsplatz, ein so genanntes Normalarbeitsverhältnis. Aber auch diejenigen, die ein Normalarbeitsverhältnis haben, können nicht beruhigt ihrer Arbeit nachgehen. Denn auch diese scheinbar sicheren Jobs werden heute schneller gekündigt als früher. Eine Studie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales aus dem Jahr 2007 belegt dies eindeutig.

Die Jungen müssen also lernen, mit Unsicherheiten zu leben; viel mehr als die älteren Menschen. So ist es für sie keine Seltenheit, dass sie ihre Ausbildung oder Bildung beenden und in der Arbeitslosigkeit landen. Und aus der Arbeitslosigkeit über eine Maßnahme der Agentur für Arbeit erneut ins Bildungssystem zurückkehren müssen, weil sie keine andere Alternative haben. Oder aus der Arbeitslosigkeit zwar herauskommen, aber nur einen zeitlich befristeten prekären Job erhalten.

Natürlich, die Chancen, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen, sind für junge Beschäftigte durchschnittlich sehr viel besser als für ältere. Nur 8 Prozent der Jugendlichen bleiben auf längere Frist arbeitslos. 92 Prozent der jugendlichen Arbeitslosen finden innerhalb eines Jahres wieder Arbeit; bei den älteren Arbeitslosen sind das nur 62 Prozent. Das macht die unsicheren Bedingungen auch nicht ungeschehen, die unsere Gesellschaft der jungen Generation zumutet – mit Folgen nicht nur für die Jungen, sondern für die ganze Gesellschaft. Vergessen wird oft auch, dass die jungen Arbeitslosen meist nur schlecht abgesichert sind. Noch nicht einmal ein Drittel der unter 25-jährigen Arbeitslosen hat Anspruch auf Arbeitslosengeld I. Vor diesem Hintergrund

wird deutlich: Wer einen Kampf der Generationen, einen Kampf zwischen Jung und Alt propagiert, wie dies von einigen Politikern immer wieder gerne getan wird, der redet nicht nur blühenden Unsinn, der will vor allem von den skandalösen Bedingungen ablenken. Eine sinnvolle Politik für die junge Generation verbessert nicht deren Lebensumstände, indem sie die der Älteren verschlechtert.

Unsichere Zeiten, prekäre Jobs

Weitere Fakten: Diejenigen, die einen Arbeitsplatz erhalten, müssen sich oft mit einem unsicheren Beschäftigungsverhältnis zufrieden geben. Zwei Drittel der Menschen, die 35 Jahre oder jünger sind, haben bereits mit solchen prekären Jobs Erfahrungen machen müssen. Besonders bemerkenswert: Das trifft alle jungen Beschäftigten mit oder ohne betriebliche Ausbildung, mit oder ohne universitäre Bildung. Allerdings: Frauen sind weit überdurchschnittlich davon betroffen. Und: Die Zahl der Frauen mit einem prekären Job nimmt sehr viel stärker zu als die der Männer.

Eine Zahl aus dem Jahr 2007: 71 Prozent der atypisch Beschäftigten sind Frauen. Und unter den so genannten normal Beschäftigten haben die Frauen einen Anteil von nur knapp 40 Prozent.

Das Bedrohliche besteht auch hier in der Addition der Probleme. Beispiel: Frauen ziehen alleine ihr Kind oder ihre Kinder groß. So können sie meist nur Teilzeitstellen annehmen, weil es an öffentlicher Kinderbetreuung mangelt. Diese Stellen sind oft schlecht bezahlt und von geringer Qualität. So kommen sie nur mit viel Mühe durch den Alltag und wissen heute schon,

dass sie im Alter zudem eine sehr geringe Rente erhalten werden. Die Zahlen: Die Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden ist – im internationalen Vergleich – in Deutschland besonders niedrig. Zwischen 30 und 40 Prozent der Haushalte von Alleinerziehenden gelten als arm; und 96 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen.

Bei allen Unterschieden der einzelnen Schicksale: Die Wechsel zwischen verschiedenen Jobs, Phasen der Arbeitslosigkeit, der Bildung und Weiterbildung haben deutlich zugenommen. Und diese Wechsel sind mit Risiken und Mühen verbunden. Erst vorwärts in eine gute Arbeit, dann zurück in die Arbeitslosigkeit – dieses Hin und Her wird von der Ausnahme zur Regel. Seit etwa einem Jahrzehnt verstärken sich diese Trends erheblich.

Unter solchen Bedingungen können Menschen ihr Leben nicht mehr verlässlich planen. Das schadet auch dieser Gesellschaft: Menschen und Beschäftigte, die sich in solch riskanten und wenig kalkulierbaren Wechselphasen bewegen, haben einerseits kaum die Kraft und die Zeit, sich ehrenamtlich und gesellschaftspolitisch zu engagieren. Und sie werden andererseits kaum den Mut aufbringen, sich in den Betrieben für die eigenen Interessen und die ihrer Kolleginnen und Kollegen einzusetzen.

Politik und Wirtschaftsverbände klagen oft: Die Geburtenrate sei zu niedrig, die Familien würden zu spät gegründet. Ein wesentlicher Grund dafür liegt offen auf dem Tisch: Wer kann jungen Menschen mit gutem Gewissen empfehlen, unter solchen unsicheren Verhältnissen eine Familie zu gründen und Eltern zu werden? <<

Eine sinnvolle Politik für die junge Generation verbessert nicht deren Lebensumstände indem sie die der Älteren verschlechtert. Das Bild vom „Kampf der Generationen“ ist Unsinn.

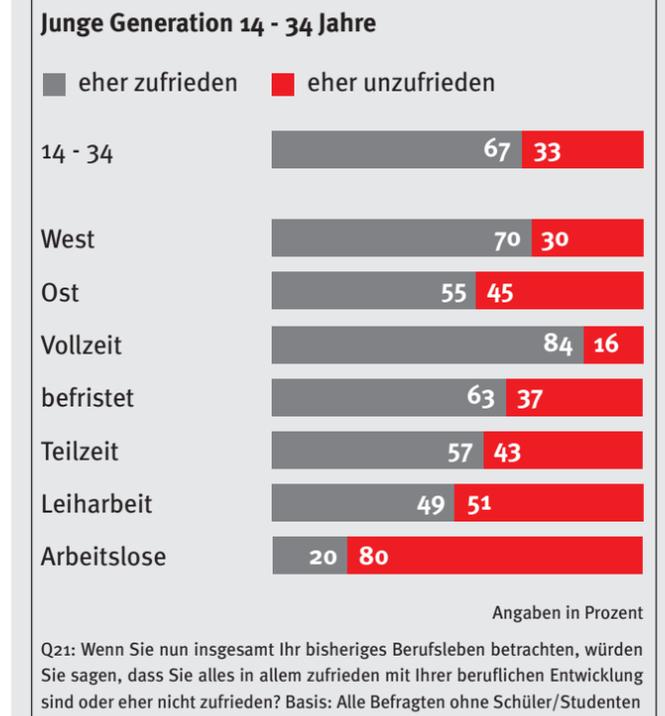


>> Studie

Unzufriedenheit wächst

Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind mit ihrer beruflichen Entwicklung deutlich weniger zufrieden. Bei Beschäftigten in Leiharbeit ist sogar die Mehrheit unzufrieden.

Zufriedenheit mit beruflicher Entwicklung



Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der eigenen beruflichen Entwicklung und dem arbeitsvertraglichen Status. Junge Erwerbstätige mit einer festen Einstellung in Vollzeit sind in ihrer weit überwiegenden Mehrheit (84 Prozent) eher zufrieden, bei Befristeten und Teilzeitbeschäftigten sind es nur noch 63 und 57 Prozent.

Besonders problematisch ist die Leiharbeit. Für eine knappe Mehrheit von 51 Prozent eröffnet sie keine positiven Perspektiven, sondern führt zu verbreiteter Unzufriedenheit unter jungen Erwerbstätigen. Nur Arbeitslose sind mit 80 Prozent noch unzufriedener. >

Ausmaß und Auswirkungen von atypischen Beschäftigungsverhältnissen

Eine letztlich unerträgliche Situation



Prof. Dr. Klaus Dörre lehrt und forscht am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller Universität Jena. Er hat zahlreiche Bücher und Aufsätze zu prekären Beschäftigungsverhältnissen veröffentlicht.



Herr Professor Dörre, die Zahl der so genannten Normalarbeitsverhältnisse nimmt ab, die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse nimmt zu. Wie stark sind davon junge Beschäftigte betroffen?

Grob geschätzt kann man sagen, dass immer noch gut zwei Drittel aller Beschäftigten in Deutschland eine so genannte standardisierte und ein Drittel eine so genannte nicht-standardisierte Beschäftigung haben. Eine zweite Zahl ist in diesem Zusammenhang wichtig: Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland inzwischen auf über 22 Prozent angewachsen. Ein erheblicher Teil der Niedriglöhner, über 14 Prozent, arbeitet übrigens Vollzeit. Insofern gibt es das Prekariat auch innerhalb des so genannten Normalarbeitsverhältnisses. Dies ist der Rahmen.

Und nun zu den jungen Beschäftigten! Es ist in der Tat sehr auffällig, dass beispielsweise befristete Arbeitsverträge vor allem unter jüngeren Beschäftigten verbreitet sind. Übrigens nicht nur in Deutschland. Das ist in ganz Europa so. Das Thema prekäre Arbeit ist also zuallererst auch eine Frage der Generationen.

Warum gibt es diesen Trend?

Die Unternehmen agieren zunehmend auf unsicheren Märkten. Und diese Unsicherheiten geben die Manager und Eigentümer der Unternehmen an die Beschäftigten weiter. Und das wird getan, trotz oder sogar wegen all der Folgen, die das für die Beschäftigten und für deren Verhältnis untereinander hat. So ist der Traum des Leiharbeiters, ein Stammarbeiter zu werden. Und es ist zugleich der Albtraum des Stammarbeiters, Leiharbeiter werden zu müssen. Eine letztlich unerträgliche Situation.

Können Sie die Zahlen für Deutschland noch präzisieren?

Insgesamt haben die Anteile atypischer Beschäftigung wie Leiharbeit, Befristung, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung an der abhängigen Erwerbstätigkeit zwischen 1997 und 2007 von 17,5 auf 25 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse zugenommen. Dabei fällt auf, dass der Anteil von atypisch Beschäftigten in der Altersgruppe der 15 bis 24-Jährigen von 19,5 Prozent im Jahr 1997 auf sage und schreibe 39,2 Prozent im Jahr 2007 angestiegen ist. Wir können auch eindeutig belegen, dass gerade in den jüngeren Altersgruppen die befristeten Beschäftigungsverhältnisse überdurchschnittlich zunehmen. >

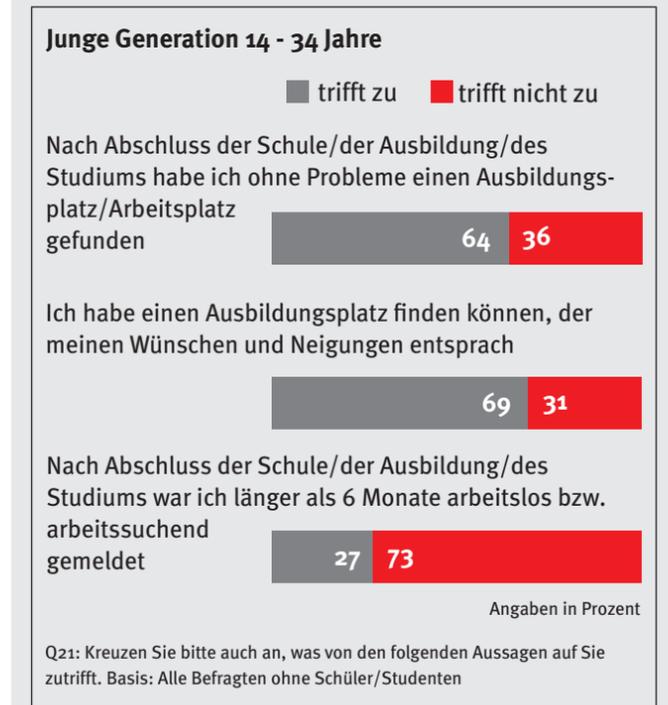
>> **Studie**

Der relativ hohe Wert von Unzufriedenen im Osten (45 Prozent) korrespondiert mit der stärkeren Verbreitung von prekärer Beschäftigung. Prekäre Beschäftigung erweist sich damit nicht als Instrument der Integration, sondern als Förderprogramm für berufliche Frustration. Schon am Beginn des Erwerbslebens wird ein erheblicher Teil der jungen Menschen tendenziell mental ausgebremst.

Probleme schon am Start

Der jungen Generation werden ab dem Berufsstart Steine in den Weg gelegt. Schwierigkeiten, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden, sind weit verbreitet. Dazu kommen mehrmonatige Phasen der Arbeitssuche bzw. Arbeitslosigkeit bereits vor dem Berufseintritt.

Probleme beim Berufsstart



Schon jetzt hatte gut jede/r Dritte der 14 bis 34-jährigen Befragten (36 Prozent) Probleme bei der Suche nach einem Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz. 31 Prozent der jungen Menschen haben keinen Ausbildungsplatz finden können, der zu ihren Neigungen und Wünschen passt. >

In einem Bundesland wie Nordrhein-Westfalen waren im Jahr 2003 bereits mehr als 50 Prozent der Erwerbstätigen unter 24 Jahren befristet beschäftigt. Das heißt, für die jungen Beschäftigten ist das inzwischen die dominante Beschäftigungsform. Und: Die Jüngeren sind auch bei den geringfügig Entlohnnten überdurchschnittlich vertreten.

Was hat das für die jungen Beschäftigten für Folgen?

Wer eine befristete Stelle hat, der muss erst einmal auf Rechte und Leistungen verzichten, die an eine Mindestbeschäftigungsdauer gekoppelt sind. Das gilt für Kündigungsschutz, Zusatzrenten und weitere Leistungen. Studien zeigen zudem, dass befristete Arbeit auch Folgen für Gesundheit und das persönliche Sicherheitsempfinden hat. So haben finnische Forscher belegt, dass Arbeitnehmer gesünder sind und sich sicherer fühlen, je länger ihr Arbeitsverhältnis dauert. Das weist im Umkehrschluss auf entsprechende Probleme für die Arbeitnehmer hin, die nur eine kurzfristige Arbeit haben. Ich denke, für die jungen Beschäftigten gibt es noch ein besonderes Problem: Sie sind in dem Alter, in dem sie sich daran machen, ihren Lebenslauf zu planen. Wie sollen sie dies tun können, unter solchen prekären Bedingungen? Es ist nicht allein die Unsicherheit als solche, die sie besorgt und umtreibt. Sondern auch der soziale Abstand zur angestrebten „Normalität“ erzeugt in ihnen eine Mischung aus Verunsicherung, Scham, Wut und Resignation.

Wie geht es ausländischen Jugendlichen?

Ausländische Jugendliche und junge Erwachsene verfügen nach wie vor seltener über formale Berufsabschlüsse. Sie arbeiten demzufolge häufiger als An- und Ungelernte und sind daher stärker von Arbeitslosigkeit bedroht. Und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden auch bei gleicher Qualifikation bei der Suche nach Ausbildungsplätzen systematisch diskriminiert. Sofern sie über gleiche Abschlüsse verfügen, werden deutsche Jugendliche deutlich bevorzugt.

Kommen die jungen Beschäftigten aus der prekären Beschäftigung heraus?

Instabile und nur kurz dauernde Beschäftigungsverhältnisse befördern die längerfristige Integration in den ersten Arbeitsmarkt in keiner Weise. Und die Aufstiegsmobilität beispielsweise der Geringverdiener ist in den letzten beiden Jahrzehnten eher zurückgegangen. Dieser Trend stellt



Anteil atypisch Beschäftigter nach soziodemografischen Merkmalen

Alter				
Jahr in %	1997	2001	2005	2007
15 bis unter 25 Jahre	19,5	23,7	35,9	39,2
25 bis unter 35 Jahre	16,7	19,2	23,9	26,6
35 bis unter 45 Jahre	18,3	20,7	23,1	25,3
45 bis unter 55 Jahre	15,9	18,1	20,6	22,4
55 bis unter 65 Jahre	19,4	22,7	23,1	23,9

Staatsangehörigkeit**				
Jahr in %	1997	2001	2005	2007
Deutsch	17,3	19,8	22,8	24,7
EU-Ausländer	17,0	20,0	25,2	28,7
Nicht-EU-Ausländer	21,7	25,8	33,5	36,8

** Unterscheidung zwischen EU- und Nicht-EU-Ausländern entsprechend der jeweils aktuellen politischen Grenzen der EU: ab Mai 2007 zzgl. Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern, ab Januar 2007 zzgl. Bulgarien und Rumänien.

Beruflicher Bildungsabschluss				
Jahr in %	1997	2001	2005	2007
Ohne anerkannte Berufsausbildung	26,7	31,3	35,0	39,9
Lehre Berufsfachschule	16,5	19,5	23,1	25,0
Tertiär* Abschluss	14,5	15,6	17,3	18,3

* zu den tertiären Abschlüssen zählen Meister-, Techniker-, Fachschulabschluss, Abschluss einer Hochschule, Berufs- oder Fachakademie, Abschluss der Fachschule der DDR sowie einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens.

Die Daten sind aus der Mikrozensus-Erhebung berechnet. Die Erhebung wird vom statistischen Bundesamt und den statistischen Landesämtern durchgeführt. An der Befragung sind jedes Jahr 1% der Privathaushalte in Deutschland beteiligt, d. h. etwa 390.000 Haushalte mit 830.000 Menschen.

übrigens auch im internationalen Vergleich eine deutsche Besonderheit dar. Das heißt: Die Chancen sind gering.

Was ist zu tun?

Zwei Punkte sind mir wichtig: Die Gewerkschaften haben dieses Thema lange Zeit eher vernachlässigt. Der andere Punkt: Prekär Beschäftigte sind zu einem erheblich geringeren Prozentsatz in den Gewerkschaften organisiert. Nun ist die Frage, hängt das Zweite mit dem Ersten zusammen. Wie dem auch sei: Entscheidend ist, dass die Gewerkschaften sich tatsächlich sehr viel intensiver als bisher um diese Beschäftigten kümmern. Und diese Beschäftigten sollten sich ihrer Lage eher bewusst werden, nicht nur resignieren und sich fügen, sondern umgekehrt ebenso die Gewerkschaften „entdecken“ und sich der Idee annähern, dass man gemeinsam durchaus was erreichen kann.

Ich denke, dass die Leiharbeits-Kampagne der IG Metall zeigt, dass das nicht nur leere Worte sind.

Was könnte noch getan werden?

Es sollte in der Krise auch für Leiharbeiter Kurzarbeit geben können. Ein zweites Beispiel: Ein Mindestlohn für alle Branchen ist ein Eckpfeiler einer Politik der Ent-Prekariisierung. Ein dritter Punkt: Es müsste in Verhandlungen gelingen, den flexiblen Arbeitsformen ihren prekären Charakter zu nehmen. Das wird aber nur gelingen, wenn die Gewerkschaften den Prekären eine Stimme geben und ihre Fähigkeit zur Selbstorganisation fördern. Organisationserfolge gibt es überall dort, wo, wie beispielsweise in Ingolstadt, Leiharbeiter selbst an der Politikentwicklung beteiligt werden. Grundsätzlich ist „equal pay, equal treatment“ der richtige Ansatz. Aber der gilt nicht nur für Leiharbeiter. Die meisten prekär Beschäftigten sind Frauen. Und Frauen werden immer noch rund 20 Prozent schlechter bezahlt als Männer. Auch da müssen die Gewerkschaften ansetzen.



Hinweis: Siehe auch die im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung erstellte Studie „Funktionswandel von Leiharbeit“ von Klaus Dörre, Hajo Holst und Oliver Nachtwey: www.otto-brenner-stiftung.de/publikationen.html > Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik

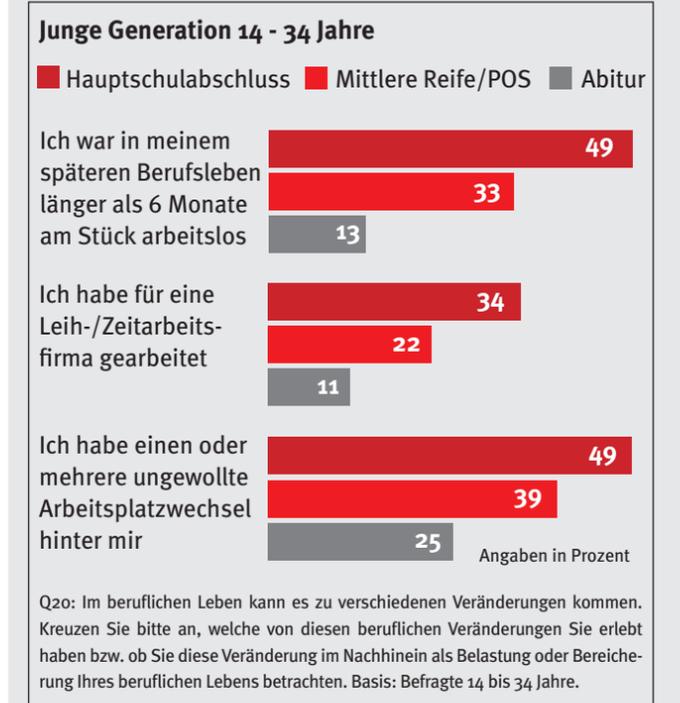
>> Studie

Ein gutes Viertel (27 Prozent) der jungen Generation war nach dem Abschluss von Schule, Ausbildung oder Studium mindestens 6 Monate arbeitslos. Im Verlauf der Krise ist mit einer drastischen Zunahme der Probleme zu rechnen, wenn jetzt nicht von der Politik und den Arbeitgebern entschlossen gegengesteuert wird.

Schon in der Schule werden Weichen gestellt

Die Grundlagen für die Prekarisierung der Jungen werden bereits in der Schule gelegt. Besonders Hauptschülerinnen und Hauptschüler haben geringe Chancen, der Falle Prekarität zu entkommen.

Prekarisierung beginnt in der Schule

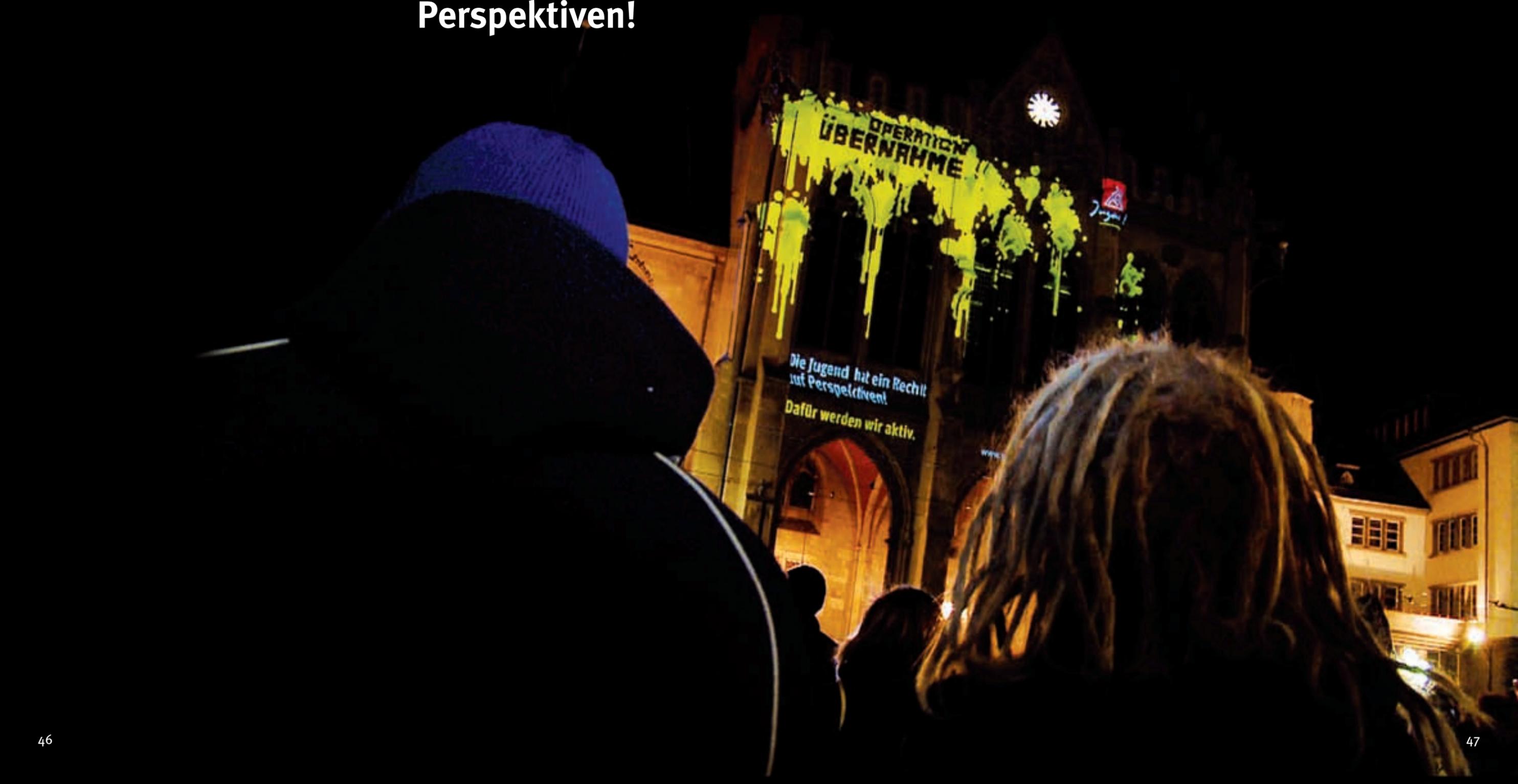


Es besteht ein Zusammenhang zwischen Brüchen in der Erwerbsbiographie und dem Grad der schulischen Bildung bzw. der beruflichen Stellung. Der Anteil der 14 bis 34-jährigen, die von längerer Erwerbslosigkeit betroffen sind, ist mit 49 Prozent unter den Hauptschulabsolventinnen und Hauptschulabsolventen rund viermal so hoch wie unter den Abiturientinnen und Abiturienten mit 13 Prozent.

Fortsetzung der Studie ab Seite 53 >>

Operation Übernahme

– massiv und laut
für ein Recht auf
Perspektiven!





Die Krise gehört Euch!

Eric Leiderer, Bundesjugendsekretär
IG Metall

Die Ergebnisse der Befragung, die die IG Metall im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben“ durchgeführt hat, sind für uns als IG Metall Jugend nicht überraschend. Wir erfahren Tag für Tag in unserer Arbeit vor Ort, wie die Stimmung in den Betrieben ist und in welchem Ausmaß gerade Auszubildende und Berufseinsteiger von der Krise getroffen werden. Nichtsdestotrotz sind diese Zahlen alarmierend: Hier wird eine ganze Generation ihrer Zukunft beraubt.

Das alte Versprechen, dass es unseren Kindern einmal besser gehen wird als uns, gilt nicht mehr. Mehr noch: Unsere Generation steht schon schlechter da als die unserer Eltern. Befristete Jobs, Leiharbeit, Hartz IV – das sind keine Perspektiven, auf denen man ein Leben aufbauen kann. In der Altersgruppe der 15 bis 24-Jährigen sind 15 Prozent arbeitslos. Deutlich mehr als im Durchschnitt der Bevölkerung. Die Jungen fliegen in der Krise zuerst aus dem Betrieb. Ein Drittel der unter 35-Jährigen ist von atypischer Beschäftigung betroffen – und Besserung ist nicht in Sicht, ganz im Gegenteil: Es wird noch schlimmer werden. Wenn wir uns nicht gemeinsam wehren und lautstark sagen: Diese Krise ist nicht unsere Krise.

Eure Krise – unsere Chance.

Aber jede Krise kann auch eine Chance sein. Das haben wir uns zu Herzen genommen. Wir haben die Gelegenheit

ergriffen, unseren Beitrag zur Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben“ zu leisten und im Frühjahr die „Operation Übernahme“ gestartet. Gemeinsam mit den Betroffenen im ganzen Land fordern wir die Übernahme aller Auszubildenden in reguläre Beschäftigung – unbefristet und im erlernten Beruf. Nur so erhalten junge Menschen eine Zukunft, nur so können sie praktische Erfahrungen sammeln und zeigen, was sie können. Und nur so haben auch die Unternehmen in diesem Land eine Zukunft. Schon in wenigen Jahren werden sie dringend auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen sein. Wo sollen die herkommen, wenn eine ganze Generation mit unsicherer Beschäftigung abgespeist wird? Es ist ein Armutszeugnis für die Verantwortlichen auf Arbeitgeberseite, dass diese offensichtliche Tatsache zugunsten kurzfristiger Profitinteressen ignoriert wird. Und es zeigt, dass Wirtschaft und Politik jeden Sinn für soziale Verantwortung verloren haben. >



Die Generation Prekär macht mobil.

Das ist der Grund, warum wir als IG Metall eine breite gesellschaftliche Diskussion anstoßen, wie es mit dieser Gesellschaft eigentlich weitergehen soll. Wie soll ein System auf Dauer funktionieren, in dem einige Wenige nur noch daran arbeiten, in kürzester Zeit so viel Geld wie möglich zu machen? In dem die Politik tatenlos zusieht? Und in dem es der Mehrheit der Menschen langsam immer schlechter geht? Diese Fragen müssen zum Thema werden. Laut und deutlich, in aller Öffentlichkeit. Damit die Menschen wieder Hoffnung schöpfen und an ihre Zukunft glauben können. Das betrifft die Jungen noch mehr als die Alten.

Das ist der Grund, warum wir bei der Operation Übernahme so großen Zuspruch erfahren.

Von Flensburg bis Freiburg, von Aachen bis Zwickau, die Azubis werden selbst aktiv und starten kreative Aktionen in ihren Betrieben und Städten. In nur sechs Monaten zählen wir über 60 Aktionen, alle paar Tage erscheint eine neue Meldung auf unserer Internetseite operation-uebernahme.de. Alles dabei: Vom selbst produzierten Film über die Demo in der Innenstadt bis hin zur handfesten Auseinandersetzung mit der Geschäftsführung. Immer öfter sind dabei Erfolge zu verzeichnen. In mindestens 20 Betrieben ist es gelungen, die Situation der Auszubildenden ganz real und auch entscheidend zu verbessern. Ganz offensichtlich gibt es ein Bedürfnis danach, sich zu engagieren, seine Meinung zu sagen und seine Zukunft in die eigene Hand zu nehmen.

Dieser Kapitalismus gehört weg.

Eine große Chance, die wir nutzen werden. Denn es kommt Bewegung in die Generation Prekär. Und die IG Metall ist vorne mit dabei. In der letzten Zeit ist viel passiert. Eine Jugend, die als so unpolitisch gilt, beginnt, offensiv um ihre Zukunft zu kämpfen. In ganz Europa sehen wir Anzeichen dafür, dass die Jungen sagen: Es reicht.

Auch bei uns sind am 16. Mai hunderttausend Menschen auf die Straße gegangen, um gegen ein System zu demonstrieren, von dem sie nichts mehr haben. Schüler und Studenten lehnen sich gegen ein Bildungssystem auf, das ungerechter ist denn je. In einer Befragung eines großen deutschen Nachrichtenmagazins halten über 70 Prozent der Jungen den Kapitalismus für ein ungerechtes System, nur noch 60 Prozent glauben das Märchen, dass es keine Alternative gäbe. Die großen Medien haben gemerkt, dass sich was bewegt. Das wissen wir, weil über die Operation Übernahme in verschiedenen großen Medien berichtet wurde. In den vielen Beiträgen sehen wir in der letzten Zeit klar und deutlich: Die Lage der Jugend wird zu einem großen politischen Thema.

Das stimmt uns hoffnungsvoll. Denn als Gewerkschafter und als IG Metalller wissen wir, welche Kraft entstehen kann, wenn die Menschen sich zusammentun. Und deshalb wissen wir: Die Zukunft gehört uns. <<

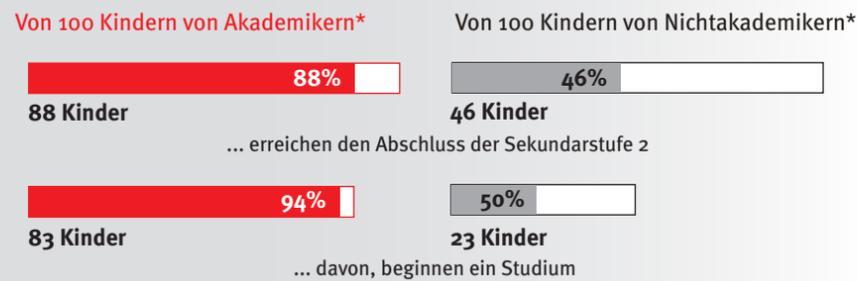


Deutsche Spezialität – das unsoziale Bildungssystem

Investieren Politik und öffentliche Hände in mehr Kindertagesstätten, in bessere Schulen und kleinere Klassen, in modernere Universitäten? Oder sparen sie auch an der Bildung? Von der Antwort auf diese beiden Fragen wird das Leben der jungen Generation wesentlich beeinflusst. Denn wir wissen: Die Chancen sind im deutschen Bildungssystem besonders ungerecht verteilt. Und Bildung und Ausbildung bestimmen wesentlich darüber, ob jemand große oder nur kleine Chancen im Leben hat. Das Ergebnis von vielen seriösen Untersuchungen ist erschreckend deutlich: Die soziale Herkunft bestimmt wesentlich über den Schulabschluss der Kinder. In anderen vergleichbaren Industrieländern sind die Chancen dagegen sehr viel gerechter verteilt. Herkunft und Berufe der Eltern bestimmen also sehr viel stärker über Leben und Entwicklung der Kinder als deren Kompetenzen. In Deutschland ist also nicht sichergestellt, dass die Talente und Fähigkeiten von allen Kindern und jungen Menschen mit einer

guten und überlegten Bildung und Ausbildung geweckt und ausgebaut werden. Das Kind aus einer Akademiker-Familie hat beste Chancen, nach dem Abitur an die Universität zu kommen. Das Kind von Eltern, die einen Hauptschulabschluss haben, geht mit hoher Wahrscheinlichkeit auch von der Hauptschule ab, ohne jede Chance auf eine Hochschul- oder gar Universitätsbildung. Wer also bereits benachteiligt ist, der wird im deutschen Bildungssystem mit hoher Wahrscheinlichkeit diesen Nachteil nicht wettmachen können. Der Nachteil wird vielmehr zementiert. Es ist kein Zufall, dass in Deutschland – verglichen mit anderen europäischen Staaten – ein besonders hoher Anteil an Jugendlichen ohne regulären Abschluss von der Schule geht. Diese Zahl liegt bei erschreckenden 8 Prozent im Bundesdurchschnitt, in einigen Bundesländern sogar im zweistelligen Bereich. Diese Jugendlichen haben es anschließend sehr schwer, überhaupt einen Job zu erhalten – erst recht einen guten. >

Akademikerkinder – gerader Weg zum Studium (Hans-Böckler-Stiftung)



*nach dem Kriterium, ob der Vater einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht.
Quelle: 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks/Hochschul-Informationssystem 2007
© Hans-Böckler-Stiftung 2008



Einige Ergebnisse der Befragung der IG Metall:
Die Menschen wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder!
74% fordern: Für einen qualifizierten Ausbildungsplatz Unternehmen in die Pflicht nehmen
71% fordern eine bessere Ausstattung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen
70% fordern eine gerechte Verteilung der Bildungschancen

>> Studie

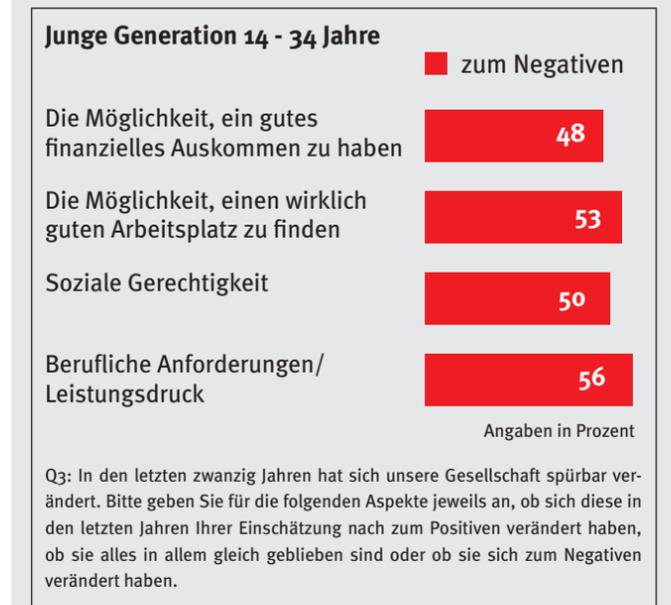
Ähnlich große Unterschiede gibt es bei der Tätigkeit in Leiharbeitsfirmen (34 zu 11 Prozent).

Die Ergebnisse sind ein klarer Hinweis, dass die Ursachen von Prekarisierung nicht ausschließlich im Erwerbsleben liegen, sondern schon in der Schule angelegt werden. Auch hier besteht dringender Handlungsbedarf seitens der Politik. Hauptschülerinnen und Hauptschüler dürfen nicht in eine prekäre Existenz abgedrängt werden. Sie brauchen eine faire Chance, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, damit ihre Motivation nicht frühzeitig ausgebremst wird.

Wenig Hoffnung auf bessere Zeiten

Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schätzen die gesellschaftliche Entwicklung mit Blick auf Arbeit und Beruf negativ ein. Mehr als die Hälfte glaubt, dass sich die Möglichkeiten, einen guten Arbeitsplatz zu finden (53 Prozent) verschlechtert haben. 56 Prozent finden, dass berufliche Anforderungen und Leistungsdruck gestiegen sind.

Negative berufliche und gesellschaftliche Entwicklungen



Aber auch der Jugendliche, der einen Hauptschulabschluss erreicht, hat keine Garantie, anschließend einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Der Grund: Immer weniger Unternehmen bilden aus. Die Politik führte deshalb aus Not Übergangssysteme ein, die jedoch nur Verlegenheitslösungen sind: Das schulische Berufsvorbereitungsjahr, das Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschulen und weitere Maßnahmen der Agentur für Arbeit können die Lücken nie wettmachen, die der Mangel an Ausbildungsplätzen reißt. Jugendliche, die diese Maßnahmen absolvieren, erwerben in der Regel keinen Berufsabschluss. Mit anderen Worten: Die weltweit einst zurecht hochgerühmte duale Berufsausbildung wird in Deutschland, seinem Erfinderland, zunehmend ausgehöhlt und damit ramponiert. Übrigens: Die Industrie sucht zeitgleich seit Jahren händeringend nach gut ausgebildeten Facharbeitern.

Viele Ungerechtigkeiten – fest zementiert

Diese Ungerechtigkeiten bei Bildung und Ausbildung haben Folgen: Wer beispielsweise „nur“ einen Hauptschulabschluss vorweisen kann und anschließend keinen ordentlichen Berufschulabschluss, der hat es auf Dauer nicht nur schwer, eine gute Arbeitsstelle zu finden. Der hat auf Dauer auch weniger Chancen, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Die Folgen: Prekäre Arbeit, meist niedriger Lohn, häufiger kürzere und längere Phasen von Arbeitslosigkeit und deshalb geringe Chancen, das eigene Familienleben sicher und auf Dauer zu planen.

Ohne Abschluss (Hans-Böckler-Stiftung)



Quelle: HIS 2008; Jaich 2008 © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Auch dieser Status wird zementiert: Wer als Junger mit geringer Qualifizierung startet, der hat später als Älterer auch geringere Chancen, sich beruflich weiterqualifizieren zu können. Eine Zahl: Knapp 30 Prozent der Bürger, die einen Hauptschulabschluss haben, beteiligen sich an einer Weiterbildung. Bei den Bürgern mit Abitur oder (Fach)Hochschulreife sind es mit 60 Prozent doppelt so viele. Das heißt auch in diesem Fall: Ungleichheiten

und Ungerechtigkeiten werden im Laufe der Lebensjahre nicht gemildert, sie werden im Gegenteil, wenn es gut geht, konserviert, meist verschärft.

Was den vielen Einzelnen widerfährt, das hat Folgen für die Gesellschaft: Das Sozialsystem muss mehr Menschen helfen, also steigen seine Ausgaben. Weniger Menschen zahlen Beiträge ein, weshalb zeitgleich die Einnahmen des Sozialsystems sinken. Und noch viel gravierender: Der Zusammenhalt der Gesellschaft wird gefährdet. Denn es kann niemanden überraschen, wenn die Jugendlichen, die sich anstrengen, aber keine reelle Chance bekommen, sich von der Politik, dem öffentlichen Leben und der Demokratie abwenden. Sie sind meist tief enttäuscht. Auch hier stoßen wir wieder auf den Widerspruch: Teile der Gesellschaft und der Politik klagen über das angeblich so geringe gesellschaftliche Engagement der Jungen, wollen aber die Ursachen nicht wahrnehmen, geschweige denn aktiv beseitigen. >

Teilnahme an beruflicher Weiterbildung nach Bildungsniveau

Erläuterung zur Grafik: BWS (Berichtssystem Weiterbildung) und AES (Adult Education Survey) liegen unterschiedliche Erhebungsmethoden zur Erfassung von Weiterbildung zugrunde – daher die geringfügigen Abweichungen.



Quelle: TNS Infratest 2007: Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland, ein Bericht im Rahmen des Forschungsprojekt „BSW-AES 2007 – Erhebung zum Weiterbildungsverhalten“ – ein Vorhaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

8 Prozent der jungen Beschäftigten verlassen die Schule ohne Abschluss. Ohne Schulabschluss sehen die Chancen und Perspektiven in der Regel düster aus. Junge Menschen aus Zuwandererfamilien sind besonders benachteiligt.



>> Studie

Fortsetzung von Seite 45

Die junge Generation nimmt berufliche und gesellschaftliche Entwicklungen in relevanten Bereichen negativ wahr. Besonders deutlich wird die negative Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Hälfte bzw. eine knappe Mehrheit der Befragten erkennt für sich eine klare Problemlage bei, für die materielle und soziale Existenz prägenden Fragen. Den Gewerkschaften stellt sich die Aufgabe, Gerechtigkeit einzufordern und auch durchzusetzen. Arbeitgeber müssen sich zu der sozialen Verantwortung für ihre Arbeitnehmer bekennen, finanziell und in Hinblick auf die Arbeitsbedingungen.

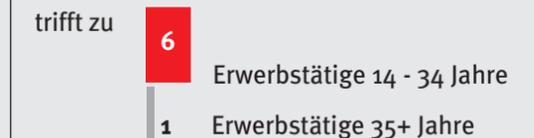
Das gesellschaftliche Leitbild der Verbesserung in der Zukunft wird in Frage gestellt. Der Optimismus auf eine bessere Zukunft ist aufgebraucht. Optimistische und pessimistische Einschätzungen halten sich bei der jungen Generation knapp die Waage. Bei der älteren Generation glauben nur noch 6 Prozent an eine bessere Zukunft für die Jungen.

Krisenbetroffenheit von jungen Arbeitnehmern

Junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren ihren Job in der Krise schneller als ältere Arbeitnehmer. Sechsmal häufiger sind bis 35-Jährige bereits betriebsbedingt gekündigt worden als Ältere.

Junge Erwerbstätige besonders von der Krise betroffen

Ich bin im Zuge der Krise betriebsbedingt gekündigt worden



Angaben in Prozent

Q29: Die Wirtschaft steckt zurzeit in einer tiefen Krise. Uns interessiert, in wie weit Sie persönlich von dieser Krise betroffen sind bzw. bereits deren Auswirkungen spüren? Bitte kreuzen Sie wieder jeweils an, welche der folgenden Aussagen auf Sie persönlich zutreffen. Basis: Erwerbstätige

Junge ausländische Erwachsene und Jugendliche sind häufiger als andere materiell schlechter gestellt. Eine der Folgen: Auch ihre Chancen, eine gute Bildung und Ausbildung zu erhalten, sind geringer. Deshalb arbeiten ausländische Jugendliche häufiger als An- und Ungelernte und sind daher stärker von Arbeitslosigkeit bedroht. Noch ein Trend: Jugendliche mit Migrationshintergrund werden auch bei gleicher Qualifikation bei der Suche nach Ausbildungsplätzen systematisch diskriminiert. Sofern sie über gleiche Abschlüsse verfügen, werden deutsche Jugendliche deutlich bevorzugt.

Die lange zähe Suche nach einer Ausbildung

Eine Zahl aus dem Bildungsbericht 2008 der Bundesregierung: Jeder zweite deutsche Jugendliche hat nach drei Monaten Suche bereits einen Ausbildungsplatz. Jugendliche mit einem Migrationshintergrund suchen viel länger: Erst nach 17 Monaten hat jeder zweite von ihnen Erfolg. Diese Kluft hat sich in den letzten Jahren sogar noch vergrößert. So überrascht nicht, dass diese Jugendlichen sich oft im Stich gelassen fühlen und sich zurückziehen. Die Botschaft des Bildungsberichtes 2008 ist klar: Das deutsche Bildungssystem muss dringend reformiert werden.

Vielen Arbeitgebern und der Gesellschaft ist bis heute nicht klar, welche Chancen sich aus einem Miteinander von verschiedenen Kulturen und Nationalitäten ergeben. Grund genug, dass sich die IG Metall entschieden für die Jugendlichen mit Migrationshintergrund einsetzt. Wichtig ist es für deren Leben, dass sie als Grundlage eine qualifizierte Ausbildung erhalten. Aber das reicht nicht: Es müssen die generellen Ungerechtigkeiten im Bildungssystem abgebaut werden. Das ist auch für junge Menschen mit Migrationshintergrund der Schlüssel, damit sie gleiche Chancen haben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. <<



Leben ohne Warteschleife

Interview mit Regina Görner, geschäftsf. Vorstandsmitglied

Die IG Metall-Umfrage hat ergeben, dass es für 72,2 Prozent der Befragten sehr wichtig ist, dass junge Menschen gute Chancen haben. Gute Chancen gehören also zu einem guten Leben dazu. Regina Görner wurde gefragt, wie die Realität für junge Menschen aussieht und was getan werden muss.

72,2 Prozent der Befragten geben an, dass es sehr wichtig ist, dass junge Menschen gute Chancen haben. Was verstehen die Menschen in den Betrieben unter „gute Chancen“? Bezieht sich das nur auf den Arbeitsplatz?

Der Ausbildungs- und Arbeitsplatz, das sind für junge Menschen natürlich zentrale Fixpunkte für ihr Leben. Aber gute Chancen im Leben zu haben, ist mehr als Ausbildung und Arbeit. Da geht es um Bildungschancen, um Teilhabe und Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft, um die Möglichkeit, Arbeit und Familie lebenswert zu verknüpfen, um Gesundheit und Gerechtigkeit. In allen Feldern gibt es Veränderungs- und Reformbedarf. Die IG Metall hat dazu ihre Vorschläge vorgelegt.

Wie hat sich der Ausbildungsmarkt in den letzten 10 bis 15 Jahren verändert?

Es gab Zeiten, da konnten die Jugendlichen bei der Ausbildung wählen. In der letzten Dekade hat sich diese Situation völlig verändert: Das Angebot an Ausbildungen hat deutlich abgenommen, viel zu viele Betriebe haben sich aus der Verantwortung für die Ausbildung der nachwachsenden Generation verabschiedet. Ergebnis: Wir hangeln uns von einem Krisenjahr ins nächste und hoffen, dass es irgendwie schon gut geht. Das ist aber nicht der Fall. Die Politik hat leider nicht den Mut, hier ordnend einzugreifen und vernünftige Regeln für den Ausbildungsmarkt zu setzen.

Welche Auswirkungen hat das auf die Lebenssituation der jungen Menschen und wie hat sich die Arbeit der IG Metall dadurch verändert?

Den Kampf um einen Ausbildungsplatz verlieren jedes Jahr mindestens 100.000 Jugendliche. Sie werden abgedrängt in unsinnige Warteschleifen, vertröstet und um ihre Lebenschancen gebracht. Und selbst die, die eine Ausbildung haben, erhalten inzwischen immer häufiger keine wirtschaftliche Sicherheit mehr, weil sie nicht in ein Dauerarbeitsverhältnis übernommen werden. Damit kann und darf sich die IG Metall nicht abfinden. Ausreichend Ausbildungsplätze und die Übernahme nach der Ausbildung sind zentrale Forderungen der Betriebsräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen und der IG Metall. Die Bedeutung von Ausbildung und Übernahme für die Lebenschancen der Jungen ist in den Köpfen der gewerkschaftlichen Akteure tief verankert. Und das ist gut so!

Zählen zur berühmten jungen Generation nur die Auszubildenden oder hat sich die Definition des Begriffs ausgeweitet und verändert?

Für eine Arbeitnehmerorganisation war es lange naheliegend, nur die Auszubildenden im Blick zu haben. Aber die Situation hat sich verändert: Wir müssen die Studierenden ebenso im Blick haben wie die jungen Leute, denen eine Ausbildung vorenthalten wird. Und alle diejenigen, die um den Einstieg in „normale“ Lebensverhältnisse kämpfen, also alle, die sich, obwohl sie gut qualifiziert sind, mit prekärer Beschäftigung herumschlagen müssen, z. B. mit befristeten Arbeitsverhältnissen oder Leiharbeit.

Wenn die IG Metall drei Vorschläge zur Verbesserung der Chancen junger Menschen hätte, welche wären das?

Jeder junge Mensch muss Zugang zu Bildung haben und zwar ohne finanzielle Hürden wie Kindergarten- oder Studiengebühren. Jeder Jugendliche muss einen qualifizierten Beruf erlernen können. Dazu werden wir eine Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze brauchen und vernünftige Alternativen zu den Warteschleifen, wie sie etwa der Tarifvertrag zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit vorsieht, den wir mit den Metallarbeitgebern in NRW abgeschlossen haben. Eine Dauerbeschäftigung nach Ausbildung oder Studium muss wieder für alle jungen Leute erreichbar sein. Dafür brauchen wir eine Eindämmung der Leiharbeit und eine an Nachhaltigkeit orientierte Personalentwicklung in den Betrieben. <<

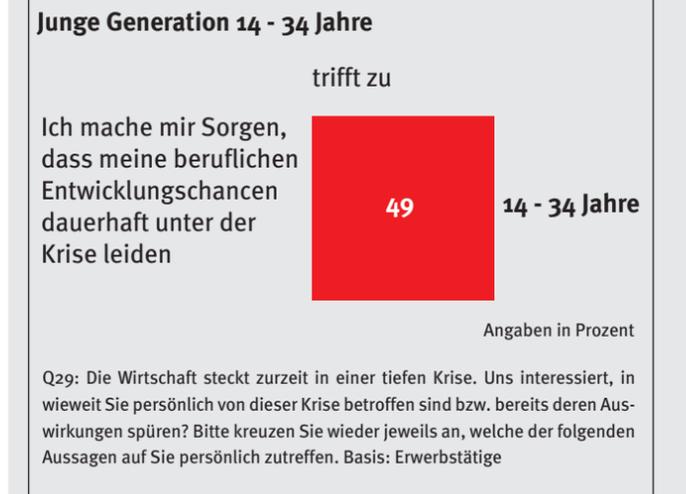
>> Studie

Angehörige der jungen Generation sind deshalb stärker betroffen, weil sie wesentlich häufiger prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben. Bei den Jungen zeigt sich bereits jetzt, dass die stärkere Betroffenheit von prekarierten Arbeitsbedingungen (Leih- und Zeitarbeit, Befristungen) zu einem massiven sozialen Problem im weiteren Verlauf der Krise führen wird, wenn nicht konsequent Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Krise bedroht Entwicklungschancen

Jede/r zweite junge Arbeitnehmer/in (49 Prozent) macht sich Sorgen, dass berufliche Entwicklungschancen dauerhaft unter der Krise leiden werden. Die Krise ist hier voll angekommen.

Krise bedroht Entwicklungschancen



Optimismus für eine bessere Zukunft der jungen Generation ist aufgebraucht.



Ingenieure und technische Experten gewinnen in der IG Metall.

Karsten vom Bruch

Die IG Metall und ebenso selbstbewusste, kompetente Ingenieure: Das war keine Liebe auf den ersten Blick. Aber wie so oft im Leben verbinden gemeinsame Interessen und schaffen die Grundlage für eine gute Beziehung: Inzwischen arbeiten viele Ingenieurinnen und Ingenieure aktiv in der IG Metall mit.

Jüngstes Beispiel: 200 Ingenieure, Ingenieurinnen und technische Experten auf der Engineering-Konferenz der IG Metall. Sie diskutierten auch mit Berthold Huber, dem 1. Vorsitzenden. Der steckt den großen Rahmen ab: „Unsere innovative Forschung und die hochproduktive Herstellung von Qualitätsprodukten, diese Verbindung macht die eigentliche Stärke der deutschen Wirtschaft aus.“ So bestehe der Schlüssel zum Erfolg in einer guten Zusammenarbeit zwischen gut ausgebildeten Ingenieurinnen, Ingenieuren, technischen Experten einerseits und hochqualifizierten Facharbeiterinnen und Facharbeitern andererseits. Deshalb müssten beide Seiten „ein hohes Interesse am Fortbestand dieser Kombination haben“.

Das heiße auch, so Huber: Unternehmen, die Forschung und Entwicklung auslagern, gefährden oft „die wichtigen Schnittstellen zwischen Produkt- und Prozessentwicklung und der Produktion. Der Entwicklungsingenieur von außen könne in der Regel eben nicht mal schnell über den Flur ein Problem mit dem Prozessentwickler oder einem Produktionsfacharbeiter vor Ort besprechen. Huber: Da erweise sich eine Auslagerung als „nur vordergründig kostengünstig“. Innovationsprozesse würden so langsamer, komplizierter und fehleranfälliger anstatt schneller, transparenter und effizienter.

An den aktuellen Diskussionen zeigt sich, wie intensiv sich die IG Metall mit der Lage der Ingenieure und technischen Experten beschäftigt. Und welchen hohen Stellenwert sie inzwischen für Gewerkschaften haben. Deshalb kümmern sie sich auch um Probleme mit denen Ingenieure in ihren Betrieben konkret konfrontiert sind. Beispiel: Forscher und Entwickler dürfen immer weniger forschen und entwickeln. Der Grund: Unternehmen standardisieren die Innovationsprozesse mit dem Ziel, Kosten und Risiken so weit

wie möglich zu senken. Deshalb belasten sie Ingenieure und technische Experten mit Kontrollen, mehrfachen Kalkulationen, ständigem Reporting. Auf Deutsch: Sie versuchen – aus kurzfristigem Kostendenken heraus – kreative Prozesse zu kontrollieren. Deshalb setzen sich wirklich kreative Methoden wie Open Innovation in Unternehmen gar nicht oder nur gegen viele Widerstände durch. Der Kommentar von Huber dazu: „Innovationsprozesse lassen sich weder im Voraus noch bis ins Detail planen. Irrtümer, Umwege, Sackgassen gehören per Definition dazu.“ Und: „Gerade der Eigensinn macht den Ingenieur zum Innovator.“ Eben um Gutes entwickeln zu können: Beispielsweise leichte und leise Flugzeuge oder Automobile, die noch weniger Kraftstoff verbrauchen.

Auch die Beschäftigten haben ein Interesse an Standardisierung, aber mit einem anderen Ziel: Sie wollen die Reports und die Kalkulationen standardisiert haben, sie wollen Hilfe beim Projekt-Management, um genau für die Arbeiten mehr Zeit und Freiraum zu haben, für die sie eingestellt worden sind: Für das Forschen und das Entwickeln. Oft müssen diese Freiräume in den Unternehmen regelrecht erkämpft werden – es zeigt sich, dass da die IG Metall, ihre Vertrauensleute und Betriebsräte ganz vorzügliche und kompetente Partner sind.

Karsten vom Bruch ist einer von ihnen: 41 Jahre alt, verheiratet und vier Kinder, Maschinenbau-Ingenieur und Betriebsrat bei Bosch am Standort Feuerbach. Für ihn ist die Gewerkschaft unentbehrlich. Denn sie allein bietet den Schutz für die Beschäftigten, damit sie sich, „ohne Angst haben zu müssen“, offen für ihre Interessen einsetzen können. Karsten vom Bruch: „Die Arbeit als Betriebsrat macht mir viel Spaß.“ Es sei immer noch nicht einfach, für die IG Metall Mitglieder zu werben. Aber: „Viele Mitarbeiter schätzen inzwischen mich und meine Arbeit. Da gibt es keine Berührungsängste mehr. Viele sehen auch, dass der Betriebsrat immer wieder gute und vor allen Dingen konstruktive Ergebnisse erzielt“. Karsten vom Bruch: „Die Richtung, die Kolleginnen und Kollegen zu beteiligen, stimmt“.

„Die Gewerkschaft bietet Schutz und Rat für die Beschäftigten, damit sie sich, ohne Angst haben zu müssen, offen für ihre Interessen einsetzen können.“

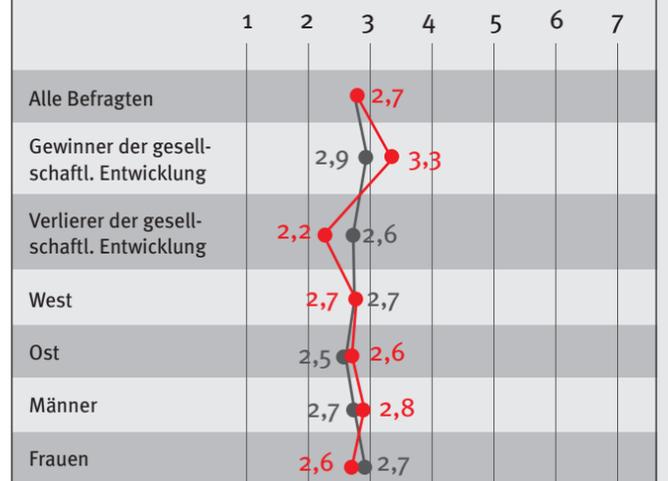
>> Studie

Eine sozial polarisierte Gesellschaft

Der Glaube an die Mittelstandsgesellschaft ist nicht mehr vorhanden. Er wird vom Empfinden einer polarisierten Oben-Unten-Gesellschaft verdrängt. Die Generationen sind sich einig: Sie sind enttäuscht über die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse.

Sozial polarisierte Gesellschaft

(A) In unserer Gesellschaft gibt es keine Mitte mehr, nur noch ein Oben und ein Unten
(B) Wir haben eine breite Mittelschicht und nur wenige sind ganz oben bzw. ganz unten



• Junge Generation 14 - 34 Jahre • Generation 35+ Jahre

Q27: Jetzt geht es um Ihre Einstellung zu Staat und Gesellschaft. Es folgen Aussagenpaare, die aus jeweils zwei gegensätzlichen Meinungen bestehen. Bitte kreuzen Sie an, welcher Meinung Sie zustimmen. „1“ bedeutet, dass Sie Meinung (A) voll und ganz zustimmen, „7“ bedeutet, dass Sie Meinung (B) voll und ganz zustimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

Unsere Gesellschaft wird als von starken sozialen Gegensätzen geprägt empfunden. Die Existenz einer breiten Mittelschicht wird generationen- und schichtübergreifend angezweifelt, zumal selbst Befragte, die sich als Gewinner sehen, zu einer Oben-Unten-Einschätzung neigen. Das Gefühl, in einer sozial polarisierten Gesellschaft zu leben, dominiert über soziale Schichten und Statusgruppen hinweg und entspricht der Lebensrealität vieler Menschen. Jung und Alt sind vereint in ihrer Enttäuschung über die Verhältnisse, in denen wir leben.

Der Bericht der Studie kann bei der Pressestelle der IG Metall angefordert werden.

Es gibt für die IG Metall, die sich als Gewerkschaft für alle Beschäftigten ihrer Branchen versteht, viele Gründe mit Ingenieuren und technischen Experten zusammen zu arbeiten und den Austausch zu intensivieren. Helga Schwitzer, im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall für die Arbeit mit Ingenieurinnen und Ingenieuren zuständig, plädiert daher: „Die Netzwerke wie i-connection, der seit über einem Jahrzehnt etablierte Arbeitskreis Forschung & Entwicklung, das Engineering-Projekt, die Task Force Junge Ingenieure und vor allem die vielen betrieblichen Aktivitäten müssen ausgebaut und gestärkt werden.“ Ein ganz einfacher und ausschlaggebender Grund dafür liegt in der Struktur der Beschäftigten von heute: Hochqualifizierte, technische Experten, Angestellte und Ingenieure machen

beispielsweise in einem Unternehmen wie Siemens mittlerweile mehr als 70 Prozent der Belegschaft aus; vor zehn Jahren waren es noch 30 Prozent.

Auch für angehende Ingenieure gibt es viele Gründe, sich für die IG Metall zu interessieren und dort Mitglied zu werden: An den Hochschulen liegt vieles im Argen. Bisher bricht jeder vierte Student sein Studium ab. Es mangelt an der Integration von fachlicher und allgemeiner Qualifizierung. Die Berufspraxis ist kaum in das Studium eingebaut. Die Gewerkschaft setzt sich deshalb in den Ingenieur- und Naturwissenschaften und in der Informatik zusammen mit Studierenden und Praktikern hartnäckig für bessere Studieninhalte und bessere Studienbedingungen ein.

**„Die Richtung,
die Kolleginnen und Kollegen
zu beteiligen, stimmt.“**

Berufstätige Ingenieure haben erst recht allen Grund für eine IG Metall-Mitgliedschaft.

Beispiel 1: In Unternehmen, die tariflich gebunden sind, verdienen sie etwa 20 Prozent mehr Geld als ihre Berufskolleginnen und -kollegen ohne Tarifvertrag. Das sind Daten aus einer aktuellen Studie des Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung.

Beispiel 2: Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen ziehen Grenzen für die oft grenzenlosen Flexibilitätswünsche der Unternehmen. Davon profitieren auch Ingenieure. Beispielsweise in der Frage der Arbeitszeit. Viele Hochqualifizierte stehen so unter Druck, dass sie mit Arbeitsende formal ausstechen, aber danach weiterarbeiten und unvergütete Mehrarbeit leisten. Ingenieurinnen und Ingenieure arbeiten im Durchschnitt sieben Stunden länger als die vertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit. Das muss niemand hinnehmen. Die IG Metall will prüfen, inwieweit sie ihre Tarif- und Betriebspolitik ergänzen kann, um die Bedürfnisse der verschiedensten Berufsgruppen besser abzubilden. Doch an einer Erkenntnis führt dabei kein Weg vorbei: Geholfen werden kann nur dem, der sich selbst hilft und sich notfalls auch auf die Hinterbeine stellt. Dort wo sich Ingenieure in der Gewerkschaft organisieren, können sie auch ihre Arbeitszeit-Interessen wirksamer vertreten.

Beispiel 3: Ingenieurinnen und Ingenieure haben in ihrer Tätigkeit oft Einblick in langfristige Unternehmenspläne. Dieses Wissen und diese Kompetenzen mit dem Wissen und den Kompetenzen der Betriebsräte zu verbinden – das dient am Ende allen Beschäftigten.

Beispiel 4: Auch Ingenieure arbeiten heute als Leiharbeiter, auch sie sind in der Krise von Kurzarbeit betroffen, müssen aber zugleich unter Hochdruck an neuen Produkten arbeiten. Schwitzer sagt dazu: „Ingenieure werden von den Unternehmen stärker als bisher als ‚Kostenblock‘ und als ‚Rationalisierung-Potenzial‘ ins Visier genommen. Diesem Klima der Verunsicherung haben wir als IG Metall etwas entgegenzusetzen. Wir suchen solidarische Antworten auf die Krise, um Entlassungen zu verhindern. Wer Innovationsträger entlässt und Kernkompetenzen verlagert, setzt die Zukunft aller Beschäftigten aufs Spiel.“

Um mit technischen Experten und Ingenieuren Lösungen zu suchen und Austausch zu organisieren, bietet die IG Metall Seminare für neu gewählte Betriebsräte aus Engineering-Bereichen an. Weiterhin gibt es IG Metall Foren. Ein wichtiges Thema dort: Technikfolgeabschätzung. Schwitzer betont: „Die Türen der IG Metall stehen weit offen für Ingenieure. Es gibt noch viel zu tun. Deshalb brauchen wir mehr Betriebsrätinnen und Betriebsräte aus den F&E-Bereichen. Das wollen wir mit der Betriebsratswahl 2010 erreichen. Auch in der nächsten Tarifrunde wollen wir Ingenieurinnen und Ingenieure stärker beteiligen, bei Aktionen, aber auch in der Forderungsdiskussion.“



*Helga Schwitzer, geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall*

**„Die Türen der IG Metall
stehen weit offen für Ingenieure.
Es gibt noch viel zu tun.
Deshalb brauchen wir mehr
Betriebsrätinnen und Betriebsräte
aus den F&E-Bereichen.“**

„Hochqualifizierte und Gewerkschaften – verschiedene Welten?“

Eine Untersuchung über die Milieus von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Sie haben eine Studie über „Junge Arbeitnehmermilieus“ angefertigt. Gibt es neue Erkenntnisse?

Unsere Erkenntnis ist: Es gibt keine neuen Trends, sondern die bereits vorhandenen setzen sich fort. Das heißt im Einzelnen: Seit 1990 nimmt die Zahl der an- und ungelerten Arbeiter nicht mehr zu; sie umfasst gleichbleibend etwa ein Viertel der industriell Arbeitenden. Die Facharbeiter bilden mit rund 40 Prozent immer noch die größte Teilgruppe. Eine Gruppe nimmt unverändert zu: Das sind die technischen Experten, darunter vor allem die Ingenieure und Informatiker mit Hochschulabschluss. Sie stellen inzwischen fast 20 Prozent der industriell arbeitenden Arbeitnehmer.

Christel Teiwes-Kügler ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin. Mehrere Projekte und Veröffentlichungen sind gemeinsam mit Prof. Dr. Vester entstanden. Z. B. auch das aktuelle von der Hans-Böckler-Stiftung und der IG Metall geförderte Projekt zu jungen Arbeitnehmermilieus.



Was wollen die jungen Männer und Frauen, die beispielsweise als Ingenieure oder Informatiker bereits arbeiten oder sich dazu ausbilden lassen?

Ob jung oder alt – diese Gruppe zeichnet sich durch ein hohes Berufsethos, hohe Motivation und berufliche Kompetenz aus. Und sie haben auch hohe Anforderungen an ihren Arbeitsplatz. Sie wollen abwechslungsreich und vor allem eigenständig arbeiten und gute Produkte herstellen. Und sie haben hohe Erwartungen an Politik und Wirtschaft. Sie wollen, dass die jetzige Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise vernünftig gelöst wird. Und vernünftig heißt für diese Gruppe: mehr Mitbestimmung, eine noch höhere Qualifizierung



Prof. Dr. Michael Vester ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hannover. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Sozialstruktur, Milieu und Mentalität, soziale Bewegungen, soziopolitische Lernprozesse.

der Beschäftigten, das Sich-Konzentrieren einerseits auf neue hochinnovative Techniken und andererseits auf qualitative soziale und kulturelle Dienstleistungen. Die wollen also eine aktive zukunftsgerechte Politik und alles andere als eine Billig-Lösung.

Aus welchen sozialen Schichten stammen diese technischen Experten?

Inzwischen nehmen immer mehr junge Menschen auch aus den mittleren und unteren sozialen Gruppen ein Studium auf. Bei ihrer Studienwahl achten sie jedoch darauf, wo sie gute Berufsaussichten haben und wo nicht. Die Ingenieurwissenschaften sind dafür ein gutes Beispiel. Als zwischen 1985 und 1990 die Perspektiven für Ingenieure gut waren, stieg der Anteil der Studierenden aus Arbeiterfamilien an Universitäten von 10 auf 14 Prozent, an Fachhochschulen sogar auf 18 Prozent. Nach 1993, als sich die Aussichten verschlechterten, fielen deren Anteile stark ab. Wir stellen auch fest, dass der Anteil der Studierenden wächst, deren Eltern bereits akademische Berufsabschlüsse haben und gehobene berufliche Positionen einnehmen. Zumindest an den Universitäten ist das so. Was unverändert geblieben ist: Die Ingenieurwissenschaften sind eine Männer-Domäne, auch wenn der Anteil der Frauen an Universitäten und Fachhochschulen inzwischen auf etwa 20 Prozent angestiegen ist.

Wie lassen sich denn die heutigen Studierenden der Ingenieurwissenschaften weiter charakterisieren?

Denken sie nur an ihre Karriere? Was streben sie an?

Es gibt zwei große Gruppen mit ziemlich unterschiedlichen Haltungen. Die eine Fraktion, das sind die technikverliebten Tüftler, denen es vor allem auf eine sinnstiftende Arbeit, Selbstbestimmung und Autonomie ankommt. Sie sind mehrheitlich kollegial-solidarisch gesinnt und kooperieren gerne. Sie sehen die Gewerkschaft kritisch, lehnen sie aber nicht ab.

Der anderen Gruppe sind Status und Karriere wesentlich wichtiger. Sie setzen auf Konkurrenz und die Kraft der eigenen Ellbogen. Die sind erst einmal sehr distanziert gegenüber den Gewerkschaften. Dann gibt es noch eine kleinere Gruppe von Studenten, die aus den oberen konservativen Milieus stammen und die Positionen im oberen Management anstreben. Sie stehen ausdrücklich auf der Unternehmensseite. Von den Gewerkschaften trennen diese Studenten ausgeprägte Kultur- und Klassenschranken. Es handelt sich meist um Wirtschaftsingenieure, deren Zahl seit Jahren steigt. Das heißt, diese Gruppe wird dominanter. >

Was verbindet denn diese Gruppen mit den anderen, den „normalen“ Arbeitnehmern?

Früher waren die technischen Experten eine kleine Gruppe, die privilegiert behandelt und anerkannt wurde. Das ändert sich heute gründlich, so dass die Gemeinsamkeiten mit den übrigen Arbeitnehmern zunehmen. Auch die hochprofessionellen Experten sorgen sich heute um ihre berufliche Zukunft, wie alle anderen Arbeitnehmer auch. Besonders enttäuscht sind sie in den Großunternehmen, die weitgehend nur ein Ziel kennen: Die Produktion soll möglichst billig sein. Diese Unternehmen scheuen nicht davor zurück, auch die Hochqualifizierten herunterzustufen, Entwicklungsarbeiten outzusourcen und die Arbeitsprozesse weiter zu zerstückeln. Da stellen eben auch die Ingenieure fest, sie sind austauschbar, ihre Arbeit wird nicht anerkannt, und sie sind oft auch nicht besser als andere vor Entlassungen geschützt.

Ist das überall so?

Nein, es gibt Unternehmen, die keinen konfrontativen, sondern einen integrativen Kurs verfolgen. Dort sind natürlich auch Demotivation und Frustration dieser Gruppe der technischen Experten geringer.

Was folgt aus all diesen Erkenntnissen für die Gewerkschaften?

Die Gewerkschaften sollten diesen jungen Erwachsenen am besten bereits an den Hochschulen zeigen, dass sie sich mit deren Interessen konkret beschäftigen und entsprechend eine maßgeschneiderte Politik entwickelt haben. Und es gibt zwei Themen, die für diese Gruppen genauso von Bedeutung sind, wie für die anderen auch: Zum einen wollen sie auch, dass ihre Arbeit anerkannt wird; und an dieser Anerkennung mangelt es oft in den Betrieben. Und das Thema Familie hat für alle befragten männlichen jungen Arbeitnehmer einen überraschend hohen Stellenwert. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist demnach kein rein frauenspezifisches Thema mehr. Beides sollte die IG Metall berücksichtigen. Und noch etwas sollte sie beachten: Es handelt sich hier um Gruppen, die wollen die Vertretung ihrer Interessen nicht immer delegieren. Die wollen in bestimmten Situationen ihre Interessen auch selbst in die Hand nehmen. <<



Der Trend zur Hochqualifikation in den technisch-industriellen Berufen der BRD 1990-2007

Die Beschäftigung in den technisch-industriellen Berufen nahm 1990-2007 zwar insgesamt von 42,6 Prozent auf 32,3 Prozent ab. Doch gleichzeitig nahmen innerhalb dieser immer noch sehr großen Gruppe die hochqualifizierten Berufe zu, wenn auch nicht so stark wie z. B. in Schweden (siehe Tabelle). Hochqualifikation sichert die hohe Bedeutung der Industrie für die Zukunft.

Qualifikationsstufe	BRD 1990	BRD 2007	BRD Differenz	Schweden 2000
Technische Experten (Ingenieure, Informatiker usw. mit Hochschulabschluss)	10,3%	17,6%	(+7,3%)	20,0%
Technische Fachleute (Computer-, Elektrotechniker usw. mit Fachschulabschluss)	14,1%	14,9%	(+0,8%)	20,3%
Facharbeiter und Fachhandwerker (Mechaniker-, Elektro-, Handwerksberufe usw. mit abgeschlossener Lehre)	48,8%	40,1%	(-8,7%)	29,2%
An- und ungelernete Arbeiter (Gering qualifizierte Arbeiter in Produktion und Transport ohne abgeschlossene Lehre)	26,8%	26,6%	(-0,2%)	30,5%

Quelle: Eigene Berechnungen nach den repräsentativen Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und nach Daniel Oesch, Redrawing the Class Map, Basingstoke 2006. Aufgrund von Rundungen addieren sich die Zahlen nicht immer auf genau 100 Prozent.

Wünsche und Träume der jungen Generation

Die jungen Menschen wollen eine gute Arbeit, die ein sicheres Einkommen, Anerkennung und auch Freude bietet. Und sie wollen ein gutes Leben, Stabilität, sie wollen sich beruflich weiterentwickeln und mit ihren Lebenspartnern und ihren Kindern in Ruhe ihr Leben leben.

Das sind nicht nur allgemeine Postulate. Mehrere Untersuchungen belegen, dass dies auch die wichtigsten und dringlichsten Wünsche der jungen Menschen sind. >



Wünsche, auf die sie ein Recht haben: Nicht zuletzt, weil sie in einer der reichsten Wirtschaftsnationen der Welt leben, die dieses Recht aufgrund der vorhandenen Ressourcen auch für alle verwirklichen könnte.

In diesen Wünschen der jungen Menschen spiegeln sich jedoch nicht die so genannten „Guten alten Zeiten“ wieder: Der Mann verdient und ernährt seine Familie und hat von der Ausbildung bis zur Rente eine Vollzeitstelle in ein- und demselben Unternehmen. Für viele junge Menschen ist dies sogar eine eher abschreckende Vorstellung. Es geht auch der IG Metall nicht darum, die alten Zeiten zu verklären. Es geht vielmehr darum, auf intelligente Weise etwas zu vereinbaren, was bisher oft genug gegeneinander ausgespielt wird: Die jungen Beschäftigten wollen einerseits Sicherheit und Verlässlichkeit in ihrem Berufsleben. Dazu zählen geregelte Arbeitszeiten ebenso wie ein Einkommen, mit dem sie wenigstens auf mittlere Frist kalkulieren und ihr Leben planen können. Sie wollen jedoch andererseits ebenso mehr (Wahl-)Freiheiten, mehr Abwechslung, mehr Chancen, mehr Möglichkeiten um sich zu entfalten und auch mehr Selbstbestimmung in ihrem Beruf. Das heißt beispielsweise: Flexibilität darf nicht nur im Sinne des Unternehmens gedacht werden, sondern zuerst müssen die Arbeitszeiten so organisiert werden, dass Eltern ihren Beruf mit ihrem Familienleben gut vereinbaren können. >

Junge Beschäftigte wollen
Sicherheit um ihr Leben
planen zu können
und mehr Möglichkeiten
sich zu entfalten.

Frage: Ihre persönlichen Vorstellungen von „guter Arbeit“ – unabhängig von Ihrer heutigen Arbeitssituation?

Auszug aus: INQA die 25 wichtigsten Aspekte Guter Arbeit
– aus Sicht 18 bis 34-jähriger Erwerbstätiger

Rang		Sehr/ äußerst wichtig	Wichtig	Weniger/ nicht wichtig	k.A.
1	Festes, verlässliches Einkommen	92%	7%	1%	1%
2	Arbeit soll Spaß machen	89%	10%	0%	1%
3	Sicherheit des Arbeitsplatzes	89%	7%	0%	4%
4	Behandlung „als Mensch“ durch Vorgesetzte	85%	10%	1%	5%
5	Unbefristetes Arbeitsverhältnis	82%	9%	3%	5%
6	Förderung gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit unter Kollegen	79%	18%	2%	2%
7	Auf Arbeit stolz sein	77%	21%	1%	1%
8	Vielseitige/abwechslungsreiche Arbeit	76%	20%	3%	1%
9	Arbeit soll als sinnvoll empfunden werden	76%	22%	1%	1%

Quelle: INQA-Erhebung „Was ist gute Arbeit? Anforderungen aus Sicht von Erwerbstätigen“ 2004.
Berechnungen: Tatjana Fuchs (INIFES)



Lebensplanung als Drahtseilakt

Der „DGB-Index Gute Arbeit“ des Jahres 2008 zeigt, dass die Wirklichkeit der Arbeitswelt und die Vorstellungen der jungen Beschäftigten stark auseinanderklaffen. Die Befragten klagen: Nur „in geringem Maße“ werden ihnen Einfluss, Qualifizierung und Entwicklungs-Perspektiven angeboten. Oft mangle es an Wertschätzung und Respekt.

Die Einkommenssituation bewerten die befragten jungen Beschäftigten als besonders schlecht. Die Arbeit wird sehr oft als schwer und einseitig belastend, als zu intensiv und ungesund bewertet. Nur 9 Prozent der jungen Beschäftigten beschreiben

„ihre Arbeits- und Einkommensbedingungen als umfassend gut – das sind deutlich weniger als noch im Vorjahr“, so das Ergebnis der DGB-Studie; 2007 waren es wenigstens noch 11 Prozent gewesen. 62 Prozent der jungen Beschäftigten beziehen Bruttoeinkommen von unter 2.000 Euro.

Auch hier, wie bei dem Thema gerechte Bildungschancen, ist festzustellen: Die reiche Industrienation Deutschland sitzt in Sachen öffentliche Kinderbetreuung auf den hinteren Rängen; allerdings gibt es nach Bundesland, je nach gesetzlicher Regelung und nach der regionalen Struktur (Stadt/Land) wesentliche Unterschiede in Versorgung und Ausstattung. Die westdeutschen Länder hinken den ostdeutschen hinterher.

Viele junge Menschen wollen die althergebrachte gar nicht

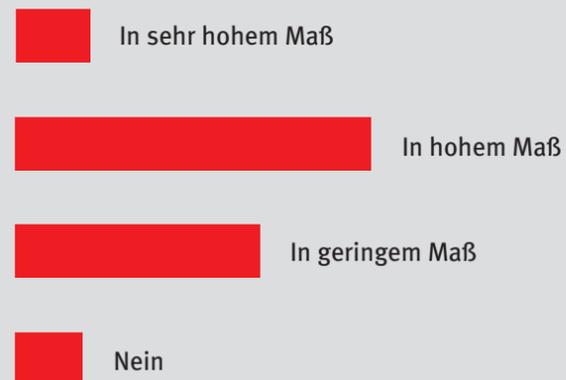
Rollenteilung leben.

Auf dem Rücken der Frauen

Und auch in diesem Zusammenhang weist Deutschland Besonderheiten auf. In Kürze: Je länger und je qualifizierter die Bildungskarriere, desto später gründen die jungen Menschen eine Familie. Unverändert ist die Erziehung der Kinder – die Ergebnisse sind eindeutig – Sache der Frauen. So ist die Erwerbsquote der Frauen deutlich niedriger als die der Männer. Und nur 8,5 Prozent der Männer nehmen Elternzeit.

Jedoch: Viele der jungen Menschen wollen diese althergebrachte Rollenteilung gar nicht leben. Untersuchungen belegen das. Sie ist oft von den widrigen Umständen erzwungen. Und sie widerspricht dem Gesellschaftsbild der Gewerkschaften. <<

Lässt Ihnen Ihre Arbeit genügend Zeit für Familie, Freundschaften und private Interessen?



Auch die Länge der Arbeitszeit ist für viele problematisch. Nur knapp 60 Prozent haben genügend Zeit für Familie, Freunde und Privates.

Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, 2007, INIFES (Tatjana Fuchs)
© 2007 DGB-Index Gute Arbeit



**Vereinbarkeit von Familie
und Beruf**

Svenja Pfahl ist Diplom-Soziologin und arbeitet am Forschungs- und Beratungsinstitut SOWITRA. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Arbeit und Arbeitszeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Familie/Lebensformen, Gewerkschaften, Soziale Kompetenz.

Frau Pfahl, ist es noch so wie früher: Frauen erziehen die Kinder und sind nur ausnahmsweise berufstätig?

Es ist heute normal, dass Frauen und auch Mütter von kleinen Kindern arbeiten gehen. So wie dies in anderen Ländern längst der Fall ist. Auch in Deutschland haben Kinder bereits mehrheitlich zwei erwerbstätige Eltern und dieser Anteil wird weiter wachsen. Die Mehrheit der Deutschen hat also das so genannte „Ernährermodell“, mit dem Mann als dem alleinigen Ernährer, abgewählt.

Nur ein knappes Viertel der Paare in Westdeutschland lebt noch in dieser klassischen Hausfrauenehe; in Ostdeutschland hat dieses Modell mit 8 Prozent sogar nur eine marginale Bedeutung.

Wird diese Entwicklung von der Gesellschaft auch akzeptiert oder gar unterstützt?

Im Wesentlichen ja. Im Westen hat sich der Anteil derjenigen, die eine Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern befürworten und eine traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter ablehnen, zwischen 1982 und 2004

„Wir brauchen eine andere Kultur in den Unternehmen.“



auf 68 Prozent erhöht und damit mehr als verdoppelt. In Ostdeutschland fällt das Votum für das Zweiverdienermodell noch deutlicher aus.

Ist das zu vereinbaren: Beruf einerseits und andererseits Erziehung und Familienleben?

Eindeutig nein. Es geht um zwei entscheidende Punkte: Wie lange ist die Arbeitszeit und wie flexibel kann sie eingeteilt werden? Wir – meine Kolle-

gin Christina Klenner und ich – sprechen von einer guten Balance, wenn beide Eltern gleichermaßen genügend Zeit für ihre Kinder haben, für sich selbst, um sich zu erholen, aber auch um sich beruflich weiterzuentwickeln. Es darf nicht so sein, dass am Schluss alles auf dem Rücken der Mutter oder des Vaters ausgetragen wird und der eine oder die andere in ständige Zeitnot gerät. Eine gute Balance muss also mehr sein als ein „funktionierendes“ Familienleben.

Das sind die Ansprüche. Und wie ist die Lage?

Wir gehen davon aus, dass heute die Eltern, vor allem die Mütter, in einem Dilemma stecken. Entweder arbeiten sie in einer Vollzeitstelle und dann sind sie zeitlich überfordert. Oder sie haben, um die Zeitnot zu vermeiden, eine Teilzeitarbeit angenommen und sind dann beruflich benachteiligt. Aus unserer Sicht muss es gelingen, ein Konzept für „Arbeitszeiten im geschlechtergerechten Zweiverdiener-

modell“ zu entwickeln und auf die politische Agenda zu setzen.

Wer ist denn von dieser Zeitnot besonders betroffen?

Mehr als ein Drittel der abhängig Beschäftigten in Deutschland lebt mit minderjährigen Kindern im gleichen Haushalt zusammen. Ich füge eine zweite Zahl hinzu: Abhängig beschäftigte Mütter arbeiten normalerweise durchschnittlich 24,4 Stunden pro Woche, Väter hingegen 39,7 Stunden. Es ist interessant: Männer arbeiten länger, wenn sie Kinder haben – während Frauen ihre Arbeitszeiten verkürzen. Die deutlich geringeren durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten von Müttern deuten auf die Dominanz des „modernisierten Ernährermodells“ hin.

Was wünschen sich denn die Betroffenen?

Die abhängig beschäftigten Eltern wünschen sich mehrheitlich kürzere Arbeitszeiten. Insgesamt wollen drei Viertel der Väter und über die Hälfte der Mütter ihre Arbeitszeiten verringern. Und beide wollen, dass ihre jeweiligen Arbeitszeiten nicht so weit auseinander gehen. Deshalb sagen auch 21 Prozent aller abhängig beschäftigten Eltern, sie könnten Beruf und Familie schlecht vereinbaren.

Auch die Kinder – das belegen qualitative Studien – haben ein starkes Interesse an einem gemeinsamen Alltag. Ich fasse die Untersuchungen zusam-

men: Von einer guten Balance von Beruf und Familie kann nicht gesprochen werden. Auf Basis unserer Ergebnisse gehen wir davon aus, dass mindestens ein Drittel der Familien mit zwei erwerbstätigen Elternteilen unter akuter Zeitnot leidet.

Und worin liegt die Lösung?**In allseitiger Teilzeitarbeit?**

Dieser Schluss ist bisher häufig daraus gezogen worden. An Stelle dieser rein individuellen Lösung denken wir jedoch auch an einen anderen Arbeitszeitstandard für Beschäftigte mit Fürsorgeaufgaben. Denn: Mit Teilzeit lässt sich sehr oft das tägliche Leben gar nicht finanzieren.

Wie könnte da ein Durchbruch erreicht werden?

Das Dilemma Zeitnot oder Karriereverzicht muss aufgelöst werden. Mit Elterngeld und dem Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung hat die Politik erste Antworten gegeben. Es fehlen jedoch familienfreundliche Arbeitszeiten. Es gibt auch bisher schon Teilzeitarbeit, abgesicherte Unterbrechungen der Arbeit für Zeiten intensiver Fürsorge oder die Möglichkeit für kurzfristige Freistellungen. Das sind wichtige Fortschritte. Aber es geht um mehr: Die Arbeitswelt muss zeitpolitisch umgebaut werden. Da müssen Unternehmen, Tarifvertragsparteien und die Politik zusammenarbeiten. Das ist eine große Herausforderung. >

Interview Svenja Pfahl

Wie sieht denn diese große Alternative konkret aus?

Wir brauchen eine andere Kultur in den Unternehmen. Es muss als selbstverständlich respektiert werden, dass Arbeitnehmer immer auch Menschen sind, die im Laufe ihres Lebens – zumindest phasenweise – Fürsorgeaufgaben für andere übernehmen. Sei es als Eltern oder als Pflegende ihrer eigenen Eltern. Beide Rollen zu vereinbaren, ist nicht nur Aufgabe der Mutter, sondern auch des Vaters und des Unternehmens. Und: für diejenigen muss es einen besonderen Arbeitszeit-Standard geben. Die Arbeitszeit wird also der besonderen Lebensphase angepasst, nicht umgekehrt. Finanziert wird das über eine soziale Grundsicherung und/oder mit Ersparnissen aus dem Langzeitkonto. Die Option zur Teilzeitarbeit muss es außerdem geben, nicht als Ausnahme und Besonderheit, sondern als betriebliche Selbstverständlichkeit. Ich nenne noch ein Beispiel, wie das alles gehen kann: In Schweden gibt es den Vorschlag, dass die wöchentliche Arbeitszeit von Müttern und Vätern um jeweils fünf Stunden verkürzt wird. Dies wird aus Steuermitteln subventioniert. Den vollen Steuervorteil soll es erst geben, wenn beide Eltern mitmachen. Im Grundsatz geht es darum, das Dogma der Kultur der Vollzeit-Arbeit zu überwinden. Nicht mehr und nicht weniger. «



Die Unterstützung für Familien greift in Deutschland gerade dann nur begrenzt, wenn sie am nötigsten wäre.

Die IG Metall – Partner für junge Beschäftigte

Die IG Metall will die Hilfen für Familien auf andere Beine stellen. Der ausschlaggebende Grund: Steuerliche Vergünstigungen für Familien spielen in Deutschland eine wichtige Rolle, die entsprechende öffentliche Infrastruktur und der Service dagegen eine geringe. Diejenigen, die höhere Einkommen haben, werden so bevorzugt, die anderen benachteiligt.

Weil die jungen Beschäftigten ausgerechnet in der Phase, in der sie eine Familie gründen, meist recht niedrige Einkommen haben, greifen diese Unterstützungen gerade dann nur begrenzt, wenn sie am nötigsten sind. Deshalb will die IG Metall andere Schwerpunkte setzen: Die öffentlichen – möglichst kostengünstigen – Einrichtungen und Dienstleistungen für Familien müssen massiv gefördert und ausgebaut werden. Ein Blick nach Skandinavien und Frankreich zeigt, dass dort Familie und Beruf sehr viel leichter und besser miteinander vereinbart werden können als in Deutschland. Und zwar für Frauen und Männer.

Auch junge Beschäftigte müssen sichere Arbeitsstellen haben, um ihr Leben wenigstens halbwegs sicher planen zu können. Dazu gehört, dass sie Familienleben und Beruf sehr viel leichter als bisher vereinen können.

Stabile Lebenslaufplanungen müssen auch aus gesellschaftspolitischen Interessen möglich sein. Nur Bürger, die ihr Leben sicher und auf weite Sicht planen können, haben Kraft und Zeit, um sich in den Betrieben und in der Gesellschaft zu engagieren.

Konkret etwas zu ändern, das geht natürlich nur zusammen mit den Betroffenen. Und die Basis dafür ist da. Junge Beschäftigte sind nach wie vor in hohem Maße bereit, sich zu engagieren, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. 68 Prozent sagen, sie können sich vorstellen, sich persönlich dafür zu engagieren und einzusetzen. Damit ist die Bereitschaft deutlich höher als bei älteren Beschäftigten. Ziel der IG Metall ist es, diese hohe Motivation der jungen Beschäftigten zu fördern und in den Betrieben den Raum zu schaffen, den die Jungen brauchen, um ihre Interessen zu vertreten und zu verwirklichen. Dies gilt umso mehr in der aktuellen Krise. Ohne aktive Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften sind gerade die Jüngeren besonders von Kündigung und Arbeitslosigkeit bedroht. Nicht weniger, sondern mehr Mitsprache und Mitbestimmung ist nötig, um die Situation der jungen Generation zu verbessern. «

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN

